

Ausgabe A Nr. 283

Bezugspreis:

Wöchentlich 70 Goldpfennig, monatlich 2.- Goldmark voraus zahlbar. Unter Kreuzband für Deutschland, Dänzig, Genua- und Memelgebiet, Ostpreußen, Litauen, Lauenburg 4.50 Goldmark, für das übrige Ausland 5.50 Goldmark pro Monat.

Der „Vorwärts“ mit der Sonntagsbeilage „Volk und Welt“ mit „Siedlung und Kriegsgarten“ sowie der Unterhaltungsbeilage „Heimweil“ und Frauenbeilage „Frauenstimme“ erscheint wochentäglich zweimal, Sonntags und Montags einmal.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“

Vorwärts Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: SW 68, Lindenstraße 3 Werniprecher: Redaktion: Danhoff 292-293 Verlag: Danhoff 2506-2507

Mittwoch, den 26. November 1924

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3 Postfachkonto: Berlin 375 36 - Bankkonto: Direktion der Postkonten-Gesellschaft, Postfach Lindenstraße 3

Anzeigenpreise:

Die einseitige Kopierleistung 0.70 Goldmark. Reklameteile 1.- Goldmark. „Kleine Anzeigen“ das ist die erste Seite 0.20 Goldmark (außerdem zwei Seitenbreite Worte), jedes weitere Wort 0.10 Goldmark. Stellenanzeigen das erste Wort 0.10 Goldmark, jedes weitere Wort 0.05 Goldmark. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Familienanzeigen für Abonnenten 0.30 Goldmark. Eine Goldmark - ein Blatt geteilt durch 4.30.

Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 4 1/2 Uhr nachmittags im Postfach Nr. 375 36, Berlin SW 68, Buchdruckerei abgegeben werden. Geöffnet von 9 Uhr früh bis 5 Uhr nachm.

Nathusius amnestiert.

Eine Tat der französischen Linksregierung. - Ein Erfolg der Sozialisten.

Paris, 25. November. (Eigener Drahtbericht.) Das Dekret, das die Begnadigung des vom Kriegsgericht in Lille zu einem Jahre Gefängnis verurteilten deutschen Generals a. D. v. Nathusius verfügt, ist am Dienstag mittag auf Vorschlag des Gesamtministeriums vom Präsidenten der Republik unterzeichnet worden. Da eine Begnadigung gesetzlich nicht möglich war, solange ein Verfahren nicht endgültig abgeschlossen ist, bedurfte es vor der Veröffentlichung des Gnadenakts der Zurückziehung des von dem Angeklagten gegen das Urteil des Militär-Kriegsgerichts erhobenen Einspruchs bzw. des Antrags auf Einleitung eines Kassationsverfahrens. Das ist mit Zustimmung v. Nathusius' noch im Laufe des Montagabends geschehen.

An dieser Begnadigung hat die sozialistische Kammerfraktion, insbesondere aber auch Genosse Dr. Breitfeld, der seinen Pariser Aufenthalt bei der Jahres-Feier zu eingehenden Verhandlungen über den Fall Nathusius mit den zuständigen Stellen benutzte, einen hervorragenden Anteil.

Wie in parlamentarischen Kreisen verlautet, dürfte die Freilassung von Nathusius' im Laufe des morgigen Tages erfolgen.

Die Begnadigung des vom Militär-Kriegsgericht unschuldig verurteilten Generals v. Nathusius durch den Präsidenten der französischen Republik stellt die einzige praktische Lösung dar, die in diesem verwickelten Fall möglich gewesen ist.

General v. Nathusius hatte Revision eingeleitet und damit von einem Recht Gebrauch gemacht, das jedem Verurteilten zusteht. blieb das Verfahren auf diesem Wege, so würde es in Formen des Rechts mit aller Umständlichkeit und mit zweifelhaftem Endergebnis weiter abgewickelt. Unsere Rechtspresse hatte aus sehr durchsichtigen Gründen die Parole „Revision, nicht Begnadigung!“ ausgegeben, sie wünschte eben, daß ihr der schöne Fall zur verheißenden Agitation erhalten bleibe, möchte auch der alte General sitzen, bis er schwarz wurde. Gerade die Rechtspresse hätte sich logischerweise aber von einer Revision nichts für Nathusius Nützliches erhoffen dürfen, denn nach ihrer Behauptung sind ja alle französischen Richter Schurken und Rechtsbrecher. Ihre Haltung ist der beste Beweis dafür, daß es gar nicht in ihrer Absicht lag, einem unschuldig Verurteilten zu helfen - dazu hätte sie ja auch daheim die beste Gelegenheit - sondern daß es ihr nur darauf ankam, sich einen Stoff für ihre Hege möglichst lang zu erhalten.

Hob man den Fall aus der juristischen Sphäre in die politische hinüber - und gerade unsere Rechtspresse machte aus dem Fall Nathusius den großen politischen Fall - dann mußte sich die französische Regierung mit ihm beschäftigen. Sie konnte Nathusius nicht freisprechen, denn Recht zu sprechen, ist nicht ihre Sache, sondern Sache der Gerichte. Die französische Regierung hatte nur eine Möglichkeit, die der Begnadigung. Damit ist die ganze Angelegenheit erledigt, Herr v. Nathusius wird freigelassen und kehrt in die Heimat zurück.

Herr v. Nathusius hat selber auch eingesehen, daß dies das einzig Richtige ist, er hat sein Revisionsgesuch zurückgezogen und sich damit den Weg zur Freiheit und Heimkehr eröffnet. Es steht bei ihm, wenn er glaubt, er dürfe den Vorwurf des Diebstahls nicht auf sich sitzen lassen, die Wiederaufnahme des Verfahrens zu beantragen und für seinen Freispruch vor einem französischen Gericht zu kämpfen. Man darf einigermaßen darauf gespannt sein, ob die Rechtspresse ihm nun raten wird, das zu tun - gespannt wegen der Konsequenzen, die sich daraus ergeben. Denn dann müßten eigentlich alle deutschen Heerführer und Offiziere, die seinerzeit unter entehrenden Beschuldigungen auf die Auslieferungsliste gesetzt wurden, ehrenhalber nach Frankreich pilgern, um dort ihren Freispruch durchzusetzen!

Wenn man von ihnen vernünftigerweise das nicht verlangt, so ist es ein Unsinn, es von Herrn v. Nathusius zu verlangen, von dessen Unschuld sowieso alle Welt überzeugt ist.

Die rasche Bereinigung des Falles v. Nathusius im Sinne des Rechts, der Vernunft und Menschlichkeit ist zweifellos ein großer Triumph für die Zusammenarbeit der deutschen und der französischen Sozialisten. Sie hat in diesem Fall Früchte getragen, die aller Welt sichtbar sind. Der zu unrecht verurteilte und gefangene Nathusius war für die nationalistische Propaganda ein Geschenk des Himmels. Der durch sozialistische Eingreifen freigelassene Nathusius ist aber für sie ein Schlag ins Kontor! Jetzt wird der Fall Nathusius nicht für die nationalistische Völkerverhetzung, sondern für die sozialistische Politik der Versöhnung und der Verständigung wirken.

Natürlich kann nicht ausbleiben, daß unsere Nationalisten behaupten werden, Nathusius sei nur aus Rücksicht auf die deutschen Wahlen amnestiert worden, und gerade dadurch zeige sich, wie sehr der „Erbfeind“ an dem Sieg der deutschen Linken interessiert sei. Aber das ist, mit Verlaub gesagt, blödes Geschwätz. In Wirklichkeit steht die Sache so, daß eben in beiden Staaten die Demokratie siegen muß, wenn das Recht siegen soll.

Als Fall sozialistischer Einwirkung steht der Fall Nathusius durchaus nicht vereinzelt dar. Seit die Regierung Herriot am Ruder ist, ist es üblich geworden, daß deutsche Genossen der besetzten Gebiete die französischen Sozialisten um ihre Intervention ersuchen, um Unrecht zu beseitigen und Härten abzustellen. Auf diese Weise ist schon sehr viel Gutes im Stillen erzielt worden der Sache zuliebe, um der Gerechtigkeit willen. Das ist schon geschehen, ehe noch ein Mensch in Deutschland an Wahlen dachte.

Heute ist es notwendig davon zu reden, weil die Rechte behaupten wird, die deutschen Sozialdemokraten seien nur um der Wahlen willen für Nathusius eingetreten. Nun macht es uns, das braucht durchaus nicht verschwiegen zu werden, ein großes Vergnügen, daß den schmutzigen Nutzen der Völkerverhetzung ihre letzte Wahlwaffe so elegant aus der Hand geschlagen worden ist. Aber daß die Sozialdemokratie für das Recht eintritt, nicht des Wahlerfolges, sondern eben des Rechts willen, das kann an unzähligen Fällen bewiesen werden, in denen unsere Partei in aller Stille ihre Pflicht getan hat.

Der Fall Nathusius ist nun aber geradezu ein Schulfall geworden, bei dem man nationalistische und sozialistische Politik als Beispiel und Gegenbeispiel einander gegenüberstellen kann.

Die Verurteilung des deutschen Generals durch das französische Kriegsgericht war zweifellos eine Folge nationalistischer Verhetzung. Unsere Nationalisten wußten dagegen keinen anderen Rat als den, daß die deutsche Regierung Repressalien ergreifen und Franzosen, die sich auf deutschem Gebiet befinden, als Geiseln in Haft nehmen solle. Daß die Franzosen heute über einen großen Teil deutschen Gebiets die militärische Macht ausüben, das stümmerte unsere nationalistischen Gemütsathleten nicht im geringsten. Möchte auch die Räumung der nördlichen Zone und des Ruhrgebiets durch eine deutsche Repressalienpolitik illusorisch gemacht werden, möchte die Bevölkerung des besetzten Gebiets wieder in die Qualen zurückgestoßen werden, von denen sie durch Annahme des Dawes-Planes unter stärkster Beteiligung der Sozialisten befreit worden war - desto besser, denn desto reicher blühte dann der nationalistische Weizen.

Das nationalistische Rezept hätte den Fall Nathusius zu einem Kriegsfall zwischen Deutschland und Frankreich gemacht und neue Leiden, ähnlich denen des Ruhrkriegs über das deutsche Volk heraufbeschworen. Nach sozialistischer Methode aber ist dieser Fall in wenigen Tagen im Sinne des Rechts bereinigt, ein Konfliktsstoff weggeräumt worden.

Ja, der Fall liegt ganz klar, außenpolitisch wie innenpolitisch.

Die französische Linksregierung hat den unschuldig verurteilten Nathusius freigegeben. Die bayerische Bürgerblockregierung läßt den unschuldig verurteilten Fischenbach seit mehr als zwei Jahren im Zuchthaus schmachten. Und nun geh hin, Wähler, und entscheide dich!

Schwerindustrie gegen Handelsvertrag? Politische Sabotage?

Paris, 25. November. (Eigener Drahtbericht.) Die für Dienstag angelegte erste Zählungnahme zwischen den deutschen und französischen Sachverständigen der Schwerindustrie zur Besprechung der künftigen Gestaltung der Zolltarife konnte nicht stattfinden, da die deutschen Sachverständigen bisher in Paris nicht eingetroffen sind. Sie haben ihr Fernbleiben mit beruflicher Inanspruchnahme entschuldigt, doch dürfte ihr Verhalten in Wirklichkeit politische Motive haben, die mit den Handelsvertragsverhandlungen in keinem Zusammenhang stehen. Dieses Verhalten ist in höchstem Maße bedenkend. Denn schließlich ist es die deutsche Regierung und ihre Organe, die die Politik des Deutschen Reiches zu machen haben. Es ist aber nicht Sache der Herren von der Schwerindustrie, sich unbefugterweise in die Regelung schwebender Angelegenheiten einzumischen.

Voucheur für gerechten Ausgleich beiderseitiger Interessen. Paris, 25. November. (Eigener Drahtbericht.) Der ehemalige Minister Voucheur erklärte einem Mitarbeiter der „Journée In-

dustrielle“, daß Frankreich wie Deutschland das gleiche Interesse haben, die begonnenen Handelsvertragsverhandlungen zu einem glücklichen Ende zu führen. „Für uns Franzosen“, so sagte er weiter, „ist die Lage sehr klar, Deutschland darf gleichermaßen für seine Industrie das Erstzinsrecht fordern; aber auch wir haben gegenüber der unsrigen die gleiche Pflicht. Die Frage der Stahlherrschaft kann der Gegenstand eines wirtschaftlichen Kampfes zwischen den beiden Völkern werden, aber sie kann nicht ohne die Beteiligung Englands und Belgiens gelöst werden.“

Paris, 25. November. (M.B.) Wie die Morgenblätter berichten, ist gestern im Laufe der deutsch-französischen Verhandlungen über den Abschluß eines Handelsvertrags auch die eisa-Lothringische Frage besprochen worden. Man sei nicht zu einer Lösung gekommen, habe sich aber dahin geeinigt, daß das Studium dieser Frage Artikel für Artikel im Laufe der Verhandlungen über die Metallwaren, Eisen, Textilien, Weine und Rohrzucker jeweils wieder aufgenommen werden soll. Im allgemeinen glaube man, daß die Konferenz noch etwa 5 Wochen dauern werde.

Kammererfolg Herriots.

Paris, 25. November. (Eca.) Im Verlauf der heutigen Kammerfraktion brachte der Abg. Patet eine Tagesordnung ein, in der der Regierung Herriot in kurzen Worten das Vertrauen ausgesprochen wird. Herriot wandte sich gegen den Wortlaut der Tagesordnung und stellte die Vertrauensfrage. Darauf wurde die Kammer um 9.20 Uhr vertagt. Nach Wiederaufnahme der Sitzung erklärte der Kammerpräsident, die Tagesordnung Patet sei mit 318 gegen 196 Stimmen abgelehnt worden. Hierauf wurde eine Tagesordnung Léon Blum mit 318 gegen 202 Stimmen angenommen.

Aegypten ruft den Völkerbund an.

London, 25. November. (Eigener Drahtbericht.) Das ägyptische Abgeordnetenhaus hat einen Ausschuh eingeschickt, der einen an den Völkerbund und die Parlamente der Welt zu richtenden Protest abfassen wird. Ferner wurde eine Protestentschließung angenommen, in der der Völkerbund im Namen einer friedlichen und hilflosen Nation gebeten wird, zugunsten der vollständigen Unabhängigkeit Ägyptens und des Sudans zu intervenieren, die nicht von einander zu trennen seien.

Die Entschließung des Parlaments beschuldigt Großbritannien, daß es ein abentheuerliches Verbrechen als Vorwand zur Ausführung seiner imperialistischen Politik nehme. - Der ägyptische König hat das Parlament auf einen Monat vertagt. (?)

London, 25. November. (Eigener Drahtbericht.) Außenminister Chamberlain hatte am Dienstag mit dem Oberkommando der britischen Armee eine lange Konferenz. Das Kabinett Baldwin wird am Mittwoch sich mit dem Inhalt dieser Aussprache befassen. In Kairo durchziehen unausgesetzt englische Truppen die Straßen. Die Bevölkerung ist ruhig. Die englischen Kreise behaupten jedoch, daß eine sehr gefährliche Atmosphäre bemerkbar ist. Von Malta wird das erste Bataillon des East-Lancashire-Regiments ebenso wie das in Gibraltar stationierte erste Bataillon der „Buffs“ nach Ägypten abreisen. Es verlautet, daß mit diesen Truppen schwere Artillerie mitgeht.

Zur Befestigung der Alliierten.

London, 25. November. (Eigener Drahtbericht.) Außenminister Chamberlain reist am 4. Dezember zur Sitzung des Völkerbunds rats nach Rom. Er wird auf der Hinreise in Paris am 5. Dezember mit Herriot eine Zusammenkunft haben.

Italienisches Vordringen in Nordafrika.

Paris, 25. November. (Eca.) Wie aus Tripolis gemeldet wird, ist am 23. d. M. morgens eine italienische Kolonne in der Oase Syria eingetroffen und hat die italienische Flagge gehißt, die dort 1915 eingezogen wurde. Am selben Tage ist die Kolonne auf ein Lager von Ibrahim Seetri gestochen, der durch seinen Verrat die Italiener zum Rückzug gezwungen hatte. Ibrahim konnte nur mit Mühe entweichen, wobei 70 Mann getötet wurden. Die Italiener erbeuteten über 100 Gewehre sowie zahlreiche Munitionsbestände und verschiedene Maschinengewehre.

Deutschlands Aufnahmege such erwartet.

Auf der Völkerbundstagung in Rom.

Genf, 25. November. (Eigener Drahtbericht.) Im Völkerbund rechnet man mit einem Aufnahmege such Deutschlands für die Dezemberstagung des Rats in Rom. Es verlautet, daß entsprechende diplomatische Verhandlungen bereits zwischen Rom und den alliierten Hauptstädten bzw. Berlin eingeleitet sind. Auf jeden Fall werden konkrete Vorberedungen in Rom einleiten, zu denen deutsche Vertreter hinzugezogen werden dürften.

# Warum Hergt nein sagte.

## Schulzes Erzählungen über Fraktion Wampe.

Die neueste Darstellung über den deutschnationalen Umsturz am 24. August stammt von dem Berliner deutschnationalen Reichstagsabgeordneten Schulze, der in den letzten Tagen die Umgebung von Berlin durchwandert, um das Landvolk mit deutschnationaler Weisheit zu erfüllen. In einer Wahlversammlung im Kreise Niederbarnim tröstete dieser deutschnationaler Prophet seine über die Halb- und Halb-Abstimmen wohl etwas unzufriedenen Zuhörer mit folgender Erzählung:

Am 20. August seien sich alle Mitglieder der deutschnationalen Fraktion vollkommen einig darin gewesen, das Londoner Abkommen zu Fall zu bringen. Da sei plötzlich die Abstimmung um 1 1/2 Stunden verlegt worden. Während dieser Zeit hätten sich einige Deutschnationale, da inzwischen das Gerücht outgetan ist, daß der Reichspräsident seine Zustimmung zur Reichstagsauflösung im Falle der Ablehnung des Londoner Abkommens geben werde, telegraphisch in London informiert, ob die einfache Unterzeichnung des Abkommens durch einen Bevollmächtigten des Reichspräsidenten von der Entente als gültige Unterschrift anerkannt werde. Dies sei von London bejaht worden. Das taten sie natürlich ohne Wissen der Parteileitung. Dann während der Abstimmung hätten sich zufällig einige deutschnationaler Fraktionsmitglieder entschlossen, mit Ja zu stimmen. In der nach der Abstimmung stattgefundenen Fraktionsitzung hätte der Parteiführer Hergt, der von allem keine Ahnung hatte, den Besagten ganz bedrückt gesagt: „Aber Kinder, warum habt ihr denn nicht gesagt, daß ihr mit Ja stimmen wollt, dann hätte ich doch auch so gestimmt?“

Ganz Hergt, ganz deutschnational. Und deshalb findet man die Erzählung auch wieder an der Spitze der deutschnationalen Reichswahlzettel.

## „Berechtigte und natürliche Abneigung.“

### Die Deutschnationalen gegen Deutschösterreich.

Die Deutschnationalen, die sich gerne großdeutsch und national nennen, haben es bisher vermieden, zu der Frage eines Anschlusses Deutschösterreichs an das übrige Deutschland Stellung zu nehmen. Die „Düsseldorfer Nachrichten“ holen das Besäumte nach, indem sie schreiben:

Wenn man sich im deutschen Österreich befragt, daß die Anschlußgedenken im Reich bisher nur ein schwaches Echo gefunden haben, so möge die übereifrige Verleugung der Idee den Dingen tiefer auf den Grund gehen und sich darüber klar werden, woher denn die Abneigung kommt, das Österreich, so wie es jetzt ist, mit Deutschland zu verschmelzen. Der Sozialdemokrat in Deutschland, dessen Führer ja zum Teil frühere österreichische Staatsangehörige sind, wäre der politische Wachstums zweifellos sehr willkommen, die nationalen Kreise jedoch empfinden einstweilen noch eine berechtigte und natürliche Abneigung gegen die staatsrechtliche und politische Gleichstellung des Österreichs mit dem Reich, das sich aus Cis- und Transalpinen auf dem österreichischen Territorium und namentlich in Wien gesammelt hat.

Das ist deutsch. Aus parteiistischen Gründen ist der Anschluß Deutschösterreichs unerwünscht und deshalb wird auf dieses deutsche Stammesland ein Kribel echt deutschnationaler Hauche geleert. Das verhindert natürlich nicht, daß sich die Nationalisten auch weiter als die wahren Großdeutschen und die Erbpächter des Nationalgefühls bezeichnen und eine Irredentepolitik nach Strich und Faden betreiben. Die nationalistische Raubtruppe gehört bei ihnen zum Geschäft wie Gefinnungs- und Stimmensucher oder wie die gestohlenen Aktien des Herrn Tirpitz.

Der Preussische Städtetag beabsichtigt, im Jahre 1923 wieder eine Hauptversammlung abzuhalten, und zwar in Köln. Die letzte Hauptversammlung fand 1922 in Goslar statt.

# Schöpfungsgeschichte der Fraktionen.

Von Swan Hellbut.

Als der Herr die Fraktionen erschuf, sprach er wie folgt: Auf daß es euch nicht langweilig werde auf Erden und wie auch etwas zu lachen haben im Himmel.

Da nahm er ein wenig Galle und machte ein Hakenkreuz daraus. Das setzte er einem Bullen zwischen die Hörner. Und sprach: Da hast du dein Gehirn.

Und der Bulle begann rückwärts zu gehen und er brüllte dabei. Und es ward Abend und es ward Morgen: Die erste Partei.

Da ergriß der Herr eine Zange, nahm eine glühendrote Kohle aus dem Feuer und setzte sie einem jungen Pferde unter den Schweif. Und sprach: Da hast du dein Gehirn.

Und das Pferd begann zu rasen und machte Sprünge, ungeheuerlich über Jahrhunderte weg und stand zuletzt mit seinen vier Beinen mitten in der Luft. Und es ward Abend und es ward Morgen: Die zweite Partei.

Als der Herr nun geschaffen hatte, die da rückwärts gehen und die gewaltig vorwärtsstürzen, erschuf er ein kleines Eichhorn. Dem gab er gewaltig feine Bäufte. Und er setzte es in die Mitte zwischen die beiden. Dann brach er ein Hakenkreuz mitten entzwei und hatte es in eine feurige Kohle. Sie nun das Hakenkreuz und die Kohle verbunden waren, schlug er beides dem Eichhorn zwischen die Augen, trieb es hinein und sprach: Da hast du dein Gehirn.

Und das Eichhorn begann zu laufen und lief immer vom einen zum anderen — einmal nach links, wo das Füllen sprang und dann kehrte es um und hüpfte nach rechts. Dort war der Stier. Und es ward Abend und es ward Morgen: Die dritte Partei.

Darauf setzte sich der Herr an den Tisch und sagte: Kommt, wir wollen jetzt Reichstag spielen. Da rief sich das feuerrote Pferd einen Huf von der Sohle und warf ihn dem Bullen an den Kopf. Der Bulle aber rief sich ein Horn aus dem Schädel und stoch es dem Hufe in die Weiche, so daß es schrie. Da wendete es sich um (das Hufe) und spie sein Gehirn, die glühende Kohle, unter dem Schweif hervor, dem Bullen zwischen die Augen. Der Bulle schreute sein Hakenkreuz wie einen Bumerang dem Hufe in die Rippen. — Damals gab es viel Anochen.

Das kleine Eichhorn aber lief hin und her, einmal nach links, einmal nach rechts, wo der Stier und das Pferd einander gegenüberstanden — jedes vom beiden ohne Horn. Der Stier hatte einen steifen Bück und das Hufe raste um sich selber herum und ließ mit dem Maul nach dem Schweif. Das Eichhorn kletterte auf seinen Rücken hinauf; wenn es ihn schwindlich wurde, sprang es hinunter und lief hinüber und ritte auf dem Stier.

Und als also vollendet waren diese Parteien, nahm sie der Herr in seine großen Hände — aber auch die Spalter, die im Kampf von den Knochen sprangen, alles nahm er in seine Hände und setzte es auf die Erde und sprach: „So, nun spielt Staat.“

# Wulles Ostjudenpolitik

## und seine Naturalisierten 90 000.

Der Anstliche Preussische Pressedienst schreibt: Zu dem eisernen Rüstzeug der rechtsoppositionellen Presse bei ihrer Arbeit gegen Minister Seevering gehörte von je das Schlagwort von seiner Protektion der ostjüdischen Einwanderung. Entsprechend der Stöbelige, in die sich allmählich die radikalen Redner bei den Reichstagswahlversammlungen hineinreden, mächt in ihren Köpfen auch die Zahl der von Minister Seevering nicht etwa nur nach Deutschland hineingelassenen, sondern sogar auch nach naturalisierten Ostjuden ins Fantastische. Herr Wulle von der Deutschnationalen Freiheitspartei hat es fertiggebracht, in einer Wahlversammlung zu behaupten, daß Minister Seevering in einem Jahre 90 000 Ostjuden naturalisiert habe. Diese Ziffer, die sehr deutlich zeigt, was ein rechtsradikaler Agitator seinen Hörern zumuten kann, macht nun natürlich scheunigst die Runde durch den Zeit der rechtsradikal eingestellten Presse, der jedes Mittel in der Polemik gegen den preussischen Innenminister recht ist. Um diesen Lügen und Entstellungen entgegenzutreten, hat Minister Seevering dem „Deutschen Tageblatt“, das als erste Zeitung in seinem Bericht über die Wulle-Kohle die Ziffernangabe dieses Redners brachte, die folgende pressegesetzliche Berichtigung zugehen lassen:

„Es ist un wahr, daß ich in einem Jahre 90 000 Ostjuden naturalisiert habe. Wahr ist vielmehr, daß in Preußen eingebürgert worden sind:

	Insgesamt Ausländer	Darunter fremdbürtige Ostjuden
im Jahre 1921 . . . . .	6 953	787
„ 1922 . . . . .	10 805	638
„ 1923 . . . . .	17 847	800

Die Zahlen der Einbürgerungen des Jahres 1924 stehen noch nicht fest, jedoch hatten sie sich noch unter den im letzten Jahr Eingebürgerten.“

Ob Herr Wulle wohl anständig genug sein wird, den „kleinen Irrtum“ und den „kleinen Unterschied“ zwischen 90 000 in einem Jahre und noch nicht einmal 2000 in drei Jahren zuzugeben?

## 75 Jahre WTB.

Als ältestes deutsches Nachrichtenbüro feiert heute Wolffs Telegraphisches Bureau, allgemein im Volksmunde unter der Abkürzung WTB bekannt, seinen 75. Gründungstag. Mit der englischen Reuters Agency und der französischen Agence Havas ist WTB das älteste und bekannteste Nachrichtenbüro Europas. Sein Aktionsradius erstreckte sich vor dem Kriege über Deutschlands Grenzen hinaus auf Skandinavien, Zentralasien und einen Teil des Baltens. Mit dem Verlust des Weltkrieges hat es natürlich einen Teil dieser internationalen Vormachtstellung eingebüßt und es ist überhaupt, auch hinsichtlich der internationalen Gegenständigkeitsverträge gegenüber Reuters und Havas, etwas in Nachteil geraten. Indessen sowohl im Inland wie in den Augen des Auslandes ist WTB, das wichtigste deutsche Nachrichtenbüro geblieben, dessen Bedeutung durch den offiziellen Charakter erhöht wird, den es eigentlich seit seiner Gründung genießt, der aber in den Kriegsjahren noch viel deutlicher in Erscheinung getreten ist.

An eine Erziehung des ausgebeuteten und durch die jahrzehntelange Erfahrung im allgemeinen gut funktionierenden Nachrichtenapparats des WTB war bei Ausbruch der Revolution nicht zu denken, und so blieb WTB, mit dem alten Direktions- und Redaktionspersonal das offizielle Nachrichtenbüro der deutschen Republik. Bis auf eine sehr bedenkliche Episode im Koppbuch hat WTB stets seine Rolle als halbamtliches Sprachrohr aller Reichsregierungen gewissenhaft erfüllt. Es liegt in der Natur der Sache, daß die sozialdemokratische Presse bis zur Revolution und auch neuerdings wiederholt in mehr oder minder heftigen Polemiken gegen WTB stand. Dieser Kampf galt aber in den meisten Fällen weniger dem Bureau, als den Regierungen, als deren Sprachrohr es jeweils galt und gelten mußte.

WTB ist zweifellos eine bedeutende Macht. Schon aus diesem Grunde ist die Forderung der Verstaatlichung dieses Unternehmens nach dem Muster vieler anderer Agenturen dieser Art im Ausland durchaus begründet. WTB ist ein privatkapitalistisches Unternehmen, firmiert als Continental Telegraphen Cie. und gehört einigen führenden Persönlichkeiten der Weltweit. Es läßt sich nicht behaupten, daß die betreffenden Besitzer WTBs dieses mächtige Instrument in einer egoistischen und für die Interessen der Gesamtbevölkerung nachteiligen Weise mißbraucht hätten. Insofern ist das gegenwärtige Statut WTBs immer noch das kleinste Übel gegenüber den wiederholt unternommenen, bisher stets gescheiterten Versuchen der Schwerkindustrie, dieses Nachrichtenbüro zu annektieren.

Wulles weitpolitisch ist eine Agentur wie WTB eine sehr wichtige, unter Umständen sogar gefährliche Waffe. Aber auch in dieser Hinsicht muß anerkannt werden, daß WTB vor dem Kriege seine Stellung nicht in einer für den Frieden gefährlichen Weise mißbraucht hat, sondern fast immer sachlich blieb. Auch heute untersteht sich WTB, darin vornehmlich von gewissen Konkurrenzunternehmen, die im Dienste der Großindustrie stehen und einen immer deutlicher werdenden reaktionären Charakter tragen.

Die sozialdemokratische Presse hat sich in den letzten Jahren ein eigenes Nachrichtenunternehmen großen Stils im „Sozialdemokratischen Pressedienst“ geschaffen. Für die hauptstädtische Presse und für die politische Welt schließlich ist WTB, dank seiner ausgebeuteten Verbindungen und keinem — nehmt alles nur in allem — recht zuverlässigen Nachrichtenmaterial ein st weilen noch unentbehrlich.

## Linkeregierung in Dessau.

### Arbeitsgemeinschaft zwischen Deutschnationalen, Volksparteilern und Wirtschaftsparteilern.

Dessau, 25. November. (Eigener Drahtbericht.) Der neugewählte Landtag trat am Dienstagmorgen zu seiner ersten Sitzung zusammen. Alterspräsident Genosse Trautwein eröffnete die Sitzung um 10 1/2 Uhr mit einem Willkommengruß an das Haus. Auf der Tagesordnung standen die Wahl des Landtagspräsidenten und des Ministeriums. Als Präsident wurde Genosse Peus mit 18 Stimmen (15 Jettel weiß) gewählt, zum ersten Vizepräsidenten der Deutschnationalen Heine mit 19 Stimmen (13 Jettel weiß), zum zweiten Vizepräsidenten der Deutsche Volksparteiler Giesemann mit 15 Stimmen (17 Jettel weiß). Der Abgeordnete Baumeder (Bodenreformer) teilte dann mit, daß er in ein Hospitiensverhältnis zur Demokratischen Partei tritt. Deutschnationaler Deutsche Volkspartei und die zwei Abgeordneten der Wirtschaftspartei verkündeten schließlich, daß sie sich zu einer Arbeitsgemeinschaft zusammenschließen wollen. Solange verlagte sich das Haus auf eine halbe Stunde. Bei Wiederöffnung der Sitzung wurde der frühere Ministerpräsident Genosse Deiß, der Demotrot Dr. Weber und der bisherige Ministerialdirektor Kurt Müller (als unpolitischer Beamter) gewählt.

## Der Freiburger Prozeß.

Freiburg, 25. November. (Eigener Drahtbericht.) In der Dienstadt des Staatsgerichtshofes am Berne zunächst der Oberreichsanwalt Dr. Ebermayer auf das Rabayer Dr. Sedels vom Rontog, der vor allem betont hatte, daß kein Anzeigener sich ehrenrühriger Handlungen schuldig gemacht habe und schon deshalb nicht auf Justizausstrafe zu erkennen sei. Der Oberreichsanwalt erklärte, daß die Anklage das zum Ausdruck gebracht habe, indem sie auf die Überzeugung der bürgerlichen Ehrenrechte bei allen Strafanträgen verzichte. Daß ein kommunistischer Ausschluß im letzten Jahre bestand, könne doch von der Verleumdung nicht ernstlich in Abrede gestellt werden, seitdem loogar in diesem Falle, wie auch in Hamburg und anderswo Vorwürfe auf Vorwürfe über vorzeitiges Postfahnen aus dem kommunistischen Lager laut geworden sind. Der Verteidiger Rechtsanwalt G r u m b a c h versuchte dann zu beweisen, daß es sich bei den Urteilen im Bielefeld durchaus nicht um ein hochverrätherisches Unternehmen gehandelt habe. Rechtsanwalt Dr. K u n z geht dann auf die einzelnen Fälle ein und verlangt auch Berücksichtigung der persönlichen Lage der Angeklagten, zumal sie unmündige Kinder zu Hause hätten. Die Rede des Offizialverleumdeters Dr. Goldstein-Levinig enthält einen ziemlich scharfen Vorstoß gegen die Befehle des Süddeutschen Senats. Die Urteilsverfändung dürfte erst Ende der Woche oder Anfang nächster Woche nach Abschluß einiger vom Hauptprozeß abgetrennter Verfahren zu erwarten sein.

Da bauten sie einen Tempel und fuhren dort fort, sich zu Weibe zu gehen. Und wenn der Geist des Herrn auch nicht in ihrer Mitte ist, so schwebt er doch dann und wann in der Höhe, über allen — und locht.

## Schutz gegen Ohranschläge bei Radio-Hörern.

Mit Recht weist Dr. H. Markus in der Wiener Klinischen Wochenschrift auf die infolge des Anlegens von Radiohörern entstehende Hautentzündung hin, für die besonders jüngere Personen leicht empfänglich sind. Sie aber auch bei älteren Personen tritt nicht allzu seltenen Fällen ein. Die Entzündung besteht, wenn man sie nicht rechtzeitig erkennt und die Behandlung einleitet, ein recht hartnäckiges Leiden, das einer raschen Therapie in den späteren Stadien schwer zugänglich ist. Außerdem hat sie Reizung, auf den äußeren Gehörgang und die Kopfhaut überzugreifen. Die Ursache liegt darin, daß die Hörer infolge des hartnäckigen Anlegens und der damit verbundenen schweren Hautirritation einen allzu starken Druck auf die Ohrnorpel ausüben und die Haut empfindlicher machen. Die natürliche Schweißabsonderung wird beeinträchtigt und der sich ansammelnde Schweiß bewirkt auf der Haut eine Zerstörung der oberflächlichen Schichten und beunruhigt dadurch die Entzündung des Ohrschlages. Daneben wirkt wohl bei den billigeren Readiohörern auch das in den Hörmuffeln enthaltene anhydrogenhaltige Steinkohlenteeröl, das in erheblichem Prozentumsatz vorhanden ist und die als „Anhydrogen“ bekannte Gewerkskrankheit hervorruft. Neben dem Kitzragen dürfen auch Phenantren und ähnliche in den Hörmuffeln enthaltene Kohlenwasserstoffe als Reizmittel in Betracht kommen. Häufig sind die Hörer auch aus Phenanthrenformaldehydmassen hergestellt, die noch freies Krezol enthalten und infolge der Krezolabsonderung ebenfalls eine Hautentzündung verursachen. Ordnungsgemäß hergestellter feiner Harz gummi weist diese chemisch wirkenden Reizbestandteile nicht auf, die Druckwirkung bleibt aber auch hier bestehen. Gerade die heutigen wie Bilze herorgeführten Hersteller von Radiohörern, denen meist entsprechende Sachkenntnis in der Fabrikation fehlt, kaufen das billigste Material zusammen, und daraus ergibt sich diese Entzündung.

In seinem Artikel deutet Dr. Markus darauf hin, daß Verwundungen ein Schutz gegen diese Hautentzündung sind; ob aber durch die verhältnismäßig harte Beinwand eine erhebliche Druckentlastung erreicht wird, ist doch recht fraglich. Reines Wilkins ist ein aus Schwammgummi hergestelltes Telephonhörn im Handel, das den Druck der Hörer vollständig aufhebt und dabei infolge seiner auffaugenden Wirkung die Transpiration voll und ganz gestattet. Dabei schließt es gut nach außen ab und läßt keine Nebengeräusche empfinden. Neuerdings werden diese Telephonhörner auch mit schützender Imprägnierung nach einem patentierten Verfahren hergestellt, welches die Übertragung von eventueller Krankheitserregern bei Benutzung durch verschiedene Personen verhindert soll.

Es mögen diese weniger Zellen genügen, um den jüngeren und älteren Radiofreunden einen uneingeschränkten Genuss an den Radiobörsen zu verschaffen und ihnen ein Schutzmittel gegen jene unangenehmen Ohranschläge an die Hand zu geben.

Dr. med. R. St.

Die Beerdigung Hermann Heyermanns findet heute in Anstern statt. Die Durchführung der Leazerfeier wurde in Anbetracht der Familie des Entschlafenen der sozialdemokratischen Arbeiterpartei anvertraut. Auf Wunsch der Familie werden nur wenige Redner an dem Grabe sprechen, vermutlich ein Vertreter der Sozialdemokratie und ein Vertreter der Gewerkschaften. In allen holländischen Theatern wurden Montagabend dem Gedächtnis des verstorbenen Dichters einige Worte von den Direktoren gewidmet, während sich die Anwesenden von ihren Plätzen erhoben.

Vorläufige Junde im Herzen Londons. Bei Ausschachtungen an Trafalgar-Square, mitten im Herzen Londons, ist man auf Fossilien gestoßen, die in eine Zeit zurückzuführen, da hier das Mammut und der Auerochse im Urwald weideten und das Riesenschliefer zu finden war. Man stieß auf Bärenknochen von Riesenschlieferden und Auerochsen sowie auf ein Skelet von dem Hauer eines Mammut. Außerdem wurde eine uralte Flasche mit Wein gefunden, deren Inhalt aber die Arbeiter entzündete, denn er war ganz sauer und über-säuernd. Die Fossilien gehören nach dem Urteil des Geologen Prof. Sir Arthur Keith einer älteren Periode der Eiszeit an.

Ein Apparat, mit dem man im Dunkeln fotografieren kann. Als eine höchst interessante photographische Optik schildert Fritz Hanen in der „Mensch“ die neuesten Ernfoster-Objektive, die Lichtstärke von 1:2,8 und 1:2 haben. Diese Objektive gestalten, auch bei ungenügendem Licht raumwache Aufnahmen ohne Verwendung von Blitzlicht zu machen. Besonders wertvoll erweist sich dieser neue Typ für Kinoproduktionen. Bei der außerordentlichen Lichtstärke, die gegenüber dem gewöhnlichen 1:3,5-Objektiv eine dreifache Steigerung aufweist, verbindet das Ernfoster eine durch vollkommene Bildschärfe und dadurch gänzlich bestrahlten Abstrahlung des abstrahlten Rand- und Tiefenscharfe bei voller Öffnung des Objektivs. Diese Eigenschaften machen das Ernfoster für Aufnahmen in natürlichen Farben geeignet. Aufnahmen, die bei Nacht gemacht werden, erscheinen in voller Schärfe. „Mit diesem Ernfostertyp“, sagt Hanen, „eröffnen sich für die Photographie fast unbegrenzte Möglichkeiten der Belichtung, und erst die retropektive Betrachtung der bisherigen Leistungen der photographischen Optik, die historische Entfernung von ihnen, wird dieser Neuschöpfung in vollen Maße gerecht werden.“

Ein deutsche arktische Expedition. Der in Südwestafrika bewährte Geologe H. K. C. Krüger plant eine Reise in das Nordpolgebiet, und zwar in den arktischen amerikanischen Archipel. Er will seine Fahrt wie Stephanson auf die Bewohnbarsteilen des Landes selbst besterken, sie also so unabhängig wie möglich von europäischen Ausrichtungen und Hilfsmitteln machen. Eine derartige Reise kann gerade in dem von Krüger ausgeführten Gebiet wertvolle wissenschaftliche Erfolge bringen. Auch ist sie deshalb zu begrüßen, weil die gegenwärtige Zeit Expeditionen nach früherer Art wegen ihrer Kosten naturgemäß schwer ermöglicht, also zum Betreten neuer Bahnen zwingt. Die Dauer der Expedition ist auf fünf Jahre berechnet. Sie soll von Kanada aus das Mackenzie-Delta erreichen und dort ein Jahr bleiben, um die nötigen Erfahrungen in Eskimogewohnheiten zu sammeln. Im zweiten Jahre ist dann der Weg nach Viktoriavend in Aussicht genommen. Herbst und Überwinterung in Meville-Land. Im dritten Jahre Vorstich über Stephansons nördlichsten Punkt hinaus zu dem vermuteten neuen Land und

## Ein Insurgentenprozeß. 68 Polen vor Gericht.

Vor dem Reichsgericht in Leipzig hat am Montag der Prozeß gegen 68 Polen aus Ostpreußen begonnen, die der polnischen Organisation der ehemaligen Aufständischen angehören. Die Verhandlung ergab, daß der Verband ursprünglich eine wirtschaftliche Vereinigung war. Anfang vorigen Jahres wurde er jedoch von der polnischen Heeresleitung militärisch aufgegriffen. Das polnische Kriegsministerium und der polnische Generalstab sorgten für die militärische Ausbildung und Bewaffnung der Verbandsmitglieder. In einer Hauptversammlung im April 1923 wurde als das Ziel des Verbandes die Vereinigung Ostpreußens mit Polen bezeichnet. Das Gericht sieht darin das Vergehen der Vorbereitung zum Hochverrat aus nichtehrlicher Gesinnung.

Gestern wurde gegen den Hauptangeklagten Wiczorek, den Leiter einer Ortsgruppe, das Urteil gefällt. Es lautet auf 2 Jahre 6 Monate Festungshaft und 1000 M. Geldstrafe sowie Ausweisung aus dem Reichsgebiet und fünfjährigen Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte.

Von dem Mitglied des ehemaligen Deutschen Ausschusses in Kattowitz, Genossen Karl Olszki, erhalten wir zum Insurgentenprozeß folgende beachtenswerten Ausführungen:

Die juristische Grundfrage ist, ob der Zwizel Pomstanski (die unter Anführung stehende Verbindung ehemaliger Insurgenten. Num. d. Red.) in Deutschland verboten ist oder nicht. Entscheidungen darüber sind noch nicht vorhanden. Vor drei Jahren konnte man vielleicht mit Recht diese Frage bejahen. Heute ist der Verband der Aufständischen nicht so fürchterlich, als sein Name erschrecken läßt. Er ist mehr und mehr eine Unterhaltungsvereinigung, so eine Art ostpreussischer Kriegerverein geworden. Sein Einfluß bei den Regierungskreisen in der Wohlstandsschicht schwand immer mehr, seit der energische Wojwode Bielski rund und dürr heraus sagte, daß er nur die Verordnungen der Warschauer Regierung anerkenne und keine Nebenregierung in der Wohlstandsschicht dulde. Zudem hat sich Kozłowski in seiner „Polonia“ auch gegen die Organisation der Aufständischen ausgesprochen. Normalerweise ist der Bund in obsehbarer Zeit zum Sterben verurteilt. Er wird aber galantisiert, wenn das Reichsgericht etwa gegen die Befangenen von Bielski ein erhebliches Urteil fällen würde. Das gebe den Herren Aufständischen wieder einmal einen patriotischen Heiligkeitsschein. Sentimentalität und Nationalgefühl tun das weitere, und das Ergebnis ist sicher eine Bedrückung der Deutschen in Polen. Das fehlte uns aber ausgerechnet jetzt, wo sich die Wege für uns doch zu heizen beginnt, und man eine deutsche Annäherung und Ausöhnung verspricht.

Die Zugehörigkeit zum Zwizel Pomstanski wird den gefangenen Arbeitern zum Vorwurf gemacht. Und Richter werden über sie urteilen, die leider in Leipzig sitzen und nicht hier an der Ostgrenze des Reiches. Männer, die unsere außergewöhnlichen Verhältnisse nicht kennen. Es handelt sich, wie oben betont, um Arbeiter, die in Deutsch-Ostpreußen wohnen, aber in polnisch-Ostpreußen beschäftigt sind, und zwar seit vielen Jahren. Sie sind keinerlei als die Wogen der nationalen Bewegung sehr hoch gingen bei uns, als Kattowitz Insurgenten sich alles erlauben durften unter der Herrschaft der Internationalen Kommission, dem Bunde beigetreten. Nicht aus Überzeugung, sondern weil sie für ihr Leben fürchteten, wenn sie den Bezirk abließen. Zum mindesten wurde ihnen ganz bestimmt die Arbeitsstelle verweigert. Sie hatten nur zu wählen zwischen dem Beitritt und der Aufgabe ihrer Existenz. Und in Deutschland herrschte damals Inflation und Arbeitslosigkeit. Da nahmen sie die Karte und zahlten die geringen Beiträge. Im übrigen aber kümmerten sie sich wenig um den Bund.

Wische der Umgebung, Heberwinterung auf Longbeed Island. Im vierten und fünften Jahre besteht die Arbeit, möglichst weit nach Nordwesten vorzustoßen in das Gebiet nördlich der Beringsstraße, wobei eine teilweise Kreuzung des Polarbogens nicht außerhalb der Grenzen der Möglichkeit liegt.

Welche Sprachen werden am meisten gesprochen? Die Engländer erheben Anspruch darauf, daß ihre Sprache als Weltsprache gilt, weil sie unter den Kulturnationen am meisten gesprochen wird. Die Zunahme der Englischsprachigen im letzten Jahrhundert gibt ihnen dazu freilich ein Recht. Während im Jahre 1800 nur 20 Millionen Menschen Englisch sprachen, waren es 1890 bereits 111 Millionen und sind es heute 170 Millionen. Mehr als 10 Proz. der ganzen Bevölkerung der Erde haben Englisch zur Muttersprache, und wenn die Entwicklung so weitergeht, dürfte im Jahre 2000 Englisch das Verständigungsmittel für ein Viertel aller Erdbewohner sein. Vorläufig freilich wird Chinesisch noch von bedeutend mehr Menschen gesprochen; denn man schätzt die Bevölkerung Chinas gegenwärtig auf etwa 420 Millionen. Aber Chinesisch dürfte in dem Wettkampf um die Weltsprache ausscheiden, denn es ist wohl für die Jungen des Abendlandes zu schwierig. Nächst Chinesisch und Englisch kann als die von den meisten Menschen gesprochene Sprache Russisch gelten, da die Bevölkerung dieses Landes über 100 Millionen beträgt und in den meisten Gebieten des weiten Reiches auch Russisch gesprochen wird. Aber auch Russisch hat wenig Aussicht darauf, Weltgeltung zu gewinnen. Früher war Französisch die unbestrittene Weltsprache, aber es ist stark ins Hintertreffen geraten. Im Jahre 1801 belief sich die Zahl der Französischsprachigen auf 31 Millionen; an nächster Stelle stand Italien mit 20 Millionen und dritter Stelle Deutschland mit 20 Millionen; Spanisch sprachen gegen 26 Millionen und Italienisch 15 Millionen. Im Laufe von 120 Jahren hat sich die Zahl derer, die Französisch als Muttersprache haben, nur um ein Viertel vermehrt. Man zählt heute etwa 70 Millionen Deutsche, 50 Millionen Spanier, 40 Millionen Franzosen und 30 Millionen Italiener. Diejenige Sprache, deren Ausbreitung heute nach der englischen am schnellsten vor sich gehen dürfte, ist die spanische, denn es ist die Hauptsprache der südamerikanischen Staaten. Die sich sehr rasch vermehren. Unter den eigentlichen Weltsprachen steht jedenfalls Englisch an der Spitze.

**Kohausstorte.** Die holländische Kunsthandwerkerin veranlaßt als erstes Kohausstorte der Stadt Berlin am 28. abends 8 Uhr, im Festsaal des Kohausstorte, ein Orchesterkonzert des Philharmonischen Orchesters mit Werken von Ramm, Schubert und Beethoven.

Die Sozialistische Arbeiterjugend veranstaltet Sonntag, den 30. November, nachmittags 3 Uhr, in der Philharmonie eine „Festliche Nacht“ unter Mitwirkung der Kammermusik-Vereinigung des Deutschen Opernhaus und hervortretender Solisten.

Zugang des Ferialfonds der Volkshilfe findet am 30. mittags 12 Uhr, im Theater am Schlossplatz eine Langsamgänger der Volkshilfe statt. Karten (für Mitglieder der Volkshilfe 1,00 M., für Nichtmitglieder 2-5 M.) in den bekannten Verkaufsstellen.

Vorlesungen über Gottesdienst beginnt Prof. Direktor Göttermeier als ein neues Gebiet am Mittwoch, den 28. d. Mts. (5-6 Uhr) in der Landwirtschaftlichen Hochschule.

Kunstwerke. Hermann Kallisch, der Verfasser des während des Krieges 1870/71 viel getragenen Spoßliedes „Was braucht da in dem Busch herum?“, ist, 86 Jahre alt, in Weeslau gestorben.

Und jetzt stehen diese Leute vor dem Reichsgericht, angeklagt des Hochverrats. Sie, die ganz gewiß an nichts weniger als an Hochverrat denken. Oberschlesische Arbeiter, getreten von allen Seiten, gewohnt, sich zu bücken und zu gehorchen, ohne eigenen Willen.

## Das Urteil der polnischen Presse.

Warschau, 25. November. (Eca.) Die den Leipziger Prozeß besprechende polnische Presse erklärt, daß die Anklage jeder realen Grundlage entbehre. Der Insurgentenverband hätte schon vor der Teilung Schlesiens bestanden und sei also eine Organisation aus der Zeit des Plebiscits. Die zur Anklage stehenden Fälle gehörten also auf Grund des polnisch-deutschen Abkommens unter die gegenseitige Amnestie. Die Arbeiter seien nur deshalb im Besitz von Ausweisen des Verbandes gewesen, um leichter auf der polnischen Seite beschäftigt werden zu können. Der Insurgentenverband sei kein politischer, sondern lediglich ein gemeinwirtschaftlicher und humaner Verein. Auch die „Kattowitzer Zeitung“ bezeichnet die Anklagepunkte als nicht ins Gewicht fallend und das Vorgehen der deutschen Behörden als verfehlt.

## Einstellung des Personalabbaus.

Infolge der Auflösung des Reichstags ist der Entwurf eines Gesetzes über eine zweite Änderung der Personalabbauverordnung nicht mehr verabschiedet worden. Die Reichsregierung hat deshalb auf Anregung des Reichsfinanzministeriums die Frage geprüft, ob die geplanten Verbesserungen der Personalabbauverordnung etwa im Wege der Verwaltungsanordnung durchführbar seien. Zu einzelnen wichtigen Punkten, wie Kürzung von Versorgungsbezügen bei Privatinkommen, Fürsorge für entlassene verheiratete weibliche Beamte, Betriebsratsgesetz und gesetzliche Regelung der Bezüge wiederbeschäftigter Wartegeldempfänger, hat sich eine solche Regelung wegen des zwingenden Charakters der geltenden Gesetzesbestimmungen nicht ermöglichen lassen. Dagegen können andere wesentliche Punkte schon jetzt berücksichtigt werden. Die Reichsregierung hat infolgedessen im Verwaltungswege bestimmt, daß der grundlegende Artikel 3 der Personalabbauverordnung, Verlegung von Beamten in den einflussreichen Ruhestand, vom 1. Januar 1925 ab nicht mehr allgemein, sondern nur noch in den Reichsverwaltungen anzuwenden ist, in denen auf Grund eines ausdrücklichen Beschlusses der Reichsregierung ein weiterer Personalabbau wegen besonderer Gründe ausnahmsweise noch als erforderlich erachtet wird. Darüber hinaus ist zugunsten der Beamten beabsichtigt, in der dem neuen Reichstag vorzuliegenden Personalabbauverordnung eine Gesetzesvorschrift zu treffen, nach der mit dem Inkrafttreten der Novelle der Artikel 3 der Personalabbauverordnung nur noch in solchen Reichsverwaltungen anzuwenden ist, die durch besonderes Gesetz zu Abbauverwaltungen erklärt sind. Die hierüber schwebenden Ermächtigungen werden in Kürze zum Abschluß gelangen. In diesem Zusammenhang werden auch die Abbauvorschriften für Angestellte eine entsprechende Überarbeitung erfahren. Die Reichsregierung hat ferner angeordnet, daß schwerbeschädigte Beamte und Angestellte wegen verminderter Leistungsfähigkeit, die auf ihrer Beschädigung beruht, nicht mehr abgebaut werden dürfen, daß besonders geschädigte Angestellte, z. B. schwerbeschädigte und versorgungsberechtigte, zunächst nicht mehr entlassen werden sollen, und das Kürdigungen von verheirateten weiblichen Beamten und von Angestellten künftig derart zu bewirken sind, daß die Entlassung bereits sechs Wochen vor Schluß statt bisher zum ersten des Monats mitzuteilen ist, mit dessen Ablauf der Austritt erfolgen soll. Die näheren Einzelheiten sind aus dem Reichsbefehlsblatt (S. 335 Nr. 1048) zu ersehen.

## Verwaltungsratsitzung der Reichsbahn.

### Die Lohnerhöhungen genehmigt.

Der Verwaltungsrat der Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft hielt vom 20. bis 25. November Ausschuss- und Plenarsitzungen im Gebäude der Deutschen Reichsbahn ab. Ueber ihren Verlauf wird amtlich u. a. gemeldet:

Den von der Verwaltung vorgeschlagenen Gehalts- und Lohnerhöhungen wurde zugestimmt. Die Erhöhung der Bezüge für Arbeiter und Beamte der Gruppen 1 bis 6 tritt rückwirkend mit dem 16. November in Kraft. Insgesamt beträgt die Belastung der Reichsbahn durch die Gehalts- und Lohnerhöhungen über 125 Millionen Mark im Jahre.

Die neue Personalordnung wurde aufgestellt. Die Finanzwirtschaft der Reichsbahn für das nächste Geschäftsjahr wurde an Hand der vorgelegten Unterlagen einer genauen Prüfung durch den Verwaltungsrat unterzogen. Die Aufstellung eines Haushalts im bisherigen Sinne kommt nach der Umstellung der Reichsbahn nicht mehr in Frage.

Die Sicherung des Dienstes der Reparations[schuld]verpflichtungen muß mit Rücksicht auf die sonst dem Unternehmen, der Wirtschaft und dem Personal drohenden Schwierigkeiten die erste Aufgabe der Verwaltung sein. Ihre Erfüllung ist nur möglich, wenn die Reichsbahn finanziell auf das vorsichtigste vermarktet wird. Dies bestimmt die Tarif-, Personal- und Beschaffungspolitik der Gesellschaft.

Einige Tarifänderungen wurde nach den Entwürfen der Verwaltung genehmigt.

Son Organisationsfragen wurde die Neuordnung der Werkstätten und des Beschaffungswesens behandelt und in ihren Grundzügen festgelegt.

Ein Einzelheiten ist zu bemerken:

Die Verwaltung rechnet für das Jahr 1925 mit einem durchschnittlichen Personalbestand von 777000 Köpfen; die Kopfzahl belief sich im Jahre 1913 auf 683000, wobei die abgerechneten Strecken nicht mitgerechnet sind. Während im Jahre 1913 die Ausgaben für Personal etwa 50 Proz. der Gesamtbetriebsausgaben ausmachten, werden diese für das Geschäftsjahr 1925 auf 62 Proz. geschätzt.

Es wurde vom Verwaltungsrat zur Kenntnis genommen, daß Staatssekretär Vogt mit der Vertretung der preussischen Interessen in der Reichsbahn beauftragt worden ist.

## Kommunistische Waffenaufkäufer.

### Ein neuer Prozeß in Leipzig.

Leipzig, 25. November. (Eigener Drahtbericht.) Am Dienstag begann vor dem Staatsgerichtshof zum Schutz der Republik der Hochverratsprozeß gegen drei Ludenwälder Kommunisten und drei jugendliche Reichswehrkrieger aus Überhog. Es sind angeklagt: der 24jährige Polier Paul Ziehe, der 24jährige Werkzeugmacher Paul Helling, der 34jährige Maurer Franz Ernste, sämtlich aus Ludenwalde, der 23jährige Gefreite Bernhard Wendler, der 26jährige Gefreite Otto Knust und der Obergefreite Pössel, alle drei aus Überhog.

Im Oktober bis Dezember 1923 wurden von mehreren Reichswehrleuten große Waffenschiebungen in Überhog ausgeführt. Verkäufer dieser Waffen und der dazu gehörigen Munition waren Ludenwalder Kommunisten, die diese zu einem Verkauf verwenden wollten. Eine bedeutende Rolle in dieser Sache spielte der inzwischen verstorbene kommunistische Unterbezirksleiter Haus-

meter. Zu dem Angeklagten Ziehe sollen eines Abends Reichswehrlente gekommen sein, die ihn fragten, ob er Waffen und Munition kauft. Er wies diese Leute zu Hauswälder, und einige Tage später trafen sie sich unter einer Bahnhofsüberführung in Ludenwalde. Dort wurden die zwei Reichswehrlenten Wendler und Knust über alles orientiert. Sie erhielten gleichzeitig Anweisung zur Waffenschiebung und Munitionsbeschaffung. Später sind sie dann in die Wohnung Ziehes zurückgekehrt. Hier war die Rede davon, daß auch wichtige Pläne belagert werden sollten. Während der Untersuchungsphase ist ein Koffer an dessen Eltern ausgehändigt worden. Darin schreibt Ziehe, daß er von einem ganz ausgezeichneten Untersuchungsrichter in Potsdam vernommen worden wäre. Treßdem habe er versucht, sich durchzuwinden, obwohl für ihn die Sache höchst peinlich war.

Der Werkzeugmacher Helling ist seit 13 Jahren politisch und gewerkschaftlich organisiert. 1920 ist er zur R.P.D. übergetreten, will aber keine Funktion in der Partei gehabt haben. 1923 ist er aus der R.P.D. ausgetreten. Am 10. Dezember 1923 kamen zwei Reichswehrlenten und boten ihm zwei Kisten Munition, 1500 Schuß, für 30 bis 40 Dollar an. Angekauft habe er diese Munition nicht, die Soldaten aber an Leute verwiesen, von denen er wußte, daß sie Munition kauften. Bei der Hausdurchsuchung hat man bei Helling einen Ausfertigungsnachweis, eine Geheimzeichentabelle, mehrere Geheimzeichentafeln, zehn Karten und zwei Infanterieleitengewehre gefunden. Alle diese Sachen will er teils vom Militär, teils schon länger im Besitz gehabt haben. In einer Munitions- und Waffenschiebung will er sich nicht beteiligt haben.

An den Gefreiten Wendler sollen im Oktober 1923 auf dem Wege von Überhog nach Ludenwalde Zivilpersonen herangekommen sein, die ihn fragten, ob sie Waffen und Munition bekommen könnten. Diese sollten dann zu Ziehe nach Ludenwalde gebracht werden, der solche Sachen gut bezahlte. Er will nicht gewußt haben, daß es Kommunisten waren, die Waffen und Munition zu unzulässigen Zwecken benutzen wollten. Wendler nahm an, daß es Munitionsaufkäufer waren, weil damals täglich Infanterie in den Berliner Tageszeitungen standen, wonach alle Munition gekauft wurde.

Gefreiter Knust hat von Wendler gehört, daß der Arbeiter Ziehe in Damm bei Ludenwalde Munition aufkauft. Auch an ihn will der große Unbekannte herangekommen sein, der alle Patronenbüchsen und Munition aufkauft. Für eine Kiste von 750 Schuß sollte er 30 Dollar oder 100 M. erhalten. Wie habe er geglaubt, als er bei Helling und Ziehe gewesen wäre, daß es sich um kommunistische Aufkäufer gehandelt habe. Er habe trotz seiner 24 Jahre noch nicht gewußt, welche Bestrebungen die kommunistische Partei verfolgte. Am 20. November 1923 traf er der Obergefreiten Pössel, der ihm sein Leid klagte, daß er Geld brauchte. Er habe im Keller Kisten mit Munition gesehen, die er verkaufen wolle. Knust hat diese Munition an die beiden kommunistischen Aufkäufer Helling und Ziehe geliefert. Die Angeklagten Pössel und Ernste wollen mit dieser Sache nichts zu tun haben. — Die Verhandlung wird fortgesetzt.

## Antisemitismus ist gut...

### Vier ist aber besser.

Ein Leser des „Vorwärts“ schreibt uns:

„Der Artikel „Reventlow will Juden töten“ im „Vorwärts“ veranlaßt mich, Ihnen folgenden Vorfall aus der Kriegszeit mitzuteilen, der zeigt, daß man den guten Völkern mit dem Vorwurf der Blutrünstigkeit bitter Unrecht tut. Schauplatz der Begebenheiten ist der ehemalige deutsche Luftschiffhafen bei der bulgarischen Stadt Jambol (Ostrumelien), unweit der Provinzhauptstadt Silwenz. Zeit: September 1916.

Am Monatsersten traf der neue Hafenkommandant ein. Schanderhosi schart im Dienst. Die Fliegen in der Sanitätsbaracke eroberten böse Tage, und unsere leichtsten bulgarischen Sommerhüllen, wozu wir grünen Schild, die sich das Sitzen auf dem Ohr zu sehr angewöhnt hatten, mußten wieder andauernd strammstehen. Ein Unteroffizier, der während der Arbeit auslief sich arglos ein Ölsäcken für den Sonntag rupfte, stog 6 Tage ins Loch. Der gute Orient begann so langsam eine Ahnung davon zu kriegen, was preußischer Drill heißt.

Natürlich war der Herr Hauptmann auch mütender Antisemit. „Was, von den 10 bulgarischen Dolmetschern sind sechs Juden? Schweinerei! Das muß aufhören.“ Die sechs Schwerverbrecher kriegen (obwohl sie das deutsche Kommando gar nichts angeht) sofort den Laufpaß, und es wird Ersatz vom bulgarischen Ortskommando angefordert. Die paar übrigen Dolmetscher sind natürlich den vielseitigen dienstlichen Anforderungen (2 Stäbe, 2 Schreibstuben, Waage, Füllgas-Anstalt, Hallendienst, Proviantverkauf, Lazarett usw.) nicht entfernt gewachsen. Erneute dringliche Forderung an das Ortskommando.

Das Ortskommando hat nicht oder will nicht und bietet mehrfach die alten Leute wieder an. Jedemal bestimmte Ablehnung. Was nun? Gar nichts nun! Festhalten! Die dämlichen Balkanbrüder werden schon nachgeben.

Die Woche geht herum. Der Sonnabend bringt die Stärkung. Jeden Sonnabend holt unser dienstlicher Postkraftwagen von der Nachbarstadt (drei Meilen entfernt) den Bierbedarf des Lagers für die ganze Woche. Desmal ist die Kraftstarke schon mitwegs zurück, und zwar — leer. Der Brauer weigert sich, zu liefern. Man denke: Deutsche Heiden ohne Bier. Stürmisches Spiel von Telefon und Telegraph. Der reine Großkampf. Aufklärung wie folgt:

Der Brauer — weit und breit der einzige leistungsfähige — ist Jude und dazu der Onkel des einen von den ausgesperrten Dolmetschern. Er erklärt aufs bestimmteste: Ich liefere solange kein Bier, bis die sechs entlassenen jüdischen Dolmetscher allesamt wieder eingestellt sind.“ Bleiches Entsetzen im Kasino: Zusammenbrechen aller Botensideale in lothender Dämmerung.

Am nächsten Tage waren die alten Dolmetscher wieder samt und sonders zur Stelle.

Am folgenden Tage dann auch das Bier...

Also, die behauptete Hungertode der Judenbürger gehört ins Reich der Fabel. Der Bierdurst steht höher als der Blutdurst. Verkünde, lieber „Vorwärts“, obiges wahrheitsgetreue Faktum allem Volk, zur Ehrenrettung unserer völkischen und deutschnationalen Brüder, und zwar, wenn möglich, noch vor den Wahlen!

## Gompers Geist.

### Amerikanische Gewerkschaften gegen eine dritte Partei.

New York, 25. November. (U.) Der Kongreß der amerikanischen Gewerkschaften in El Paso sprach sich gegen die Bildung einer Arbeiterpartei aus, da sonst die bisherige unparteiliche Gewerkschaftspolitik beeinträchtigt würde.

Damit hat der alte Gompers, der in den letzten Jahren stets für die Demokraten eingetreten ist, seinen Standpunkt gegen die fortschrittliche Auffassung mancher jüngerer Führer durchgesetzt. Die für den Anschluß des gesamten Gewerkschaftsbundes an die neue Partei La Follette eintraten. Dennoch dürfte ein großer Teil der Gewerkschaftsmitglieder, wahrscheinlich sogar einzelne große Gewerkschaften die neue Fortschrittspartei weiter unterstützen und ihr vielleicht sogar geschlossen beitreten.

# Gewerkschaftsbewegung

## Neue Besoldungsaktion nach den Wahlen. Erklärung der Beamtenorganisationen.

Die vier Beamtenorganisationen (Deutscher Beamtenbund, Allgemeiner Deutscher Beamtenbund, Gesamtverband, Beamtenring), die bei der Neuordnung der Beamtenbesoldung zusammen gearbeitet haben, trafen am Dienstagvormittag zusammen, um zur Entscheidung in der Beamtenbesoldungsfrage Stellung zu nehmen. Das Ergebnis der Beratung liegt darin, daß man zwar zunächst wohl über die Entscheidung hintritt, die Mitglieder der Organisationen jedoch nicht im klaren läßt, daß die getroffene Entscheidung unerschütterlich ist.

Die gemeinsame Erklärung der vier Organisationen lautet:

„Die Beamtenorganisationen haben nach dem gänzlich unbefriedigenden Ergebnis der Verhandlungen im Reichsfinanzministerium weitere Schritte beim Reichsrat, dem Reichskanzler und dem Reichsfinanzminister persönlich unternommen. Die hierdurch erzielte geringe Verbesserung trägt den berechtigten Ansprüchen der Beamten in keiner Weise Rechnung. Trotzdem ist durch den zustimmenden Beschluß des Reichsrats die Besoldungsaktion formell zu einem vorläufigen Abschluß gekommen. Die Spitzenorganisationen können sich mit diesem Ergebnis nicht zufrieden geben und werden nach dem Zusammentritt des neuen Reichstages die Aktion erneut aufnehmen. Ziel bleibt, durch eine verhältnismäßig hohe Hebung der Bezüge der unteren und mittleren Besoldungsgruppen das Unrecht der Besoldungsregelung vom Juni 1924 zu beseitigen und eine grundsätzliche Besoldungsreform durchzuführen. Sie fordern daher ihre Mitglieder auf, bei den bevorstehenden Wahlen dafür einzutreten, daß eine den Beamten sowie den allgemeinen Arbeitnehmern und Verbrauchern gerecht werdende Zusammensetzung der Parlamente gesichert wird.“

Die Beamtenschaft ist mit Recht von dem Ausgang der Besoldungsverhandlungen unbefriedigt. Was bei ihr besondere Mißstimmung hervorgerufen hat, das war die Art des Reichsfinanzministeriums, mit der es vor der Öffentlichkeit den Eindruck entstehen ließ, als ob die wirkliche Besoldung der aktiven Beamten eine unerhebliche, kaum tragbare Last für die Staatsfinanzen mit sich bringe. Das Reichsfinanzministerium sprach ganz allgemein von einer Mehrbelastung in Höhe von rund 170 Millionen pro Jahr und hat es den Scharfmachern in der Industrie leicht gemacht, fürchterliche Proteste gegen die Besoldungserhöhung loszulassen. Das wäre nicht möglich gewesen, wenn das Reichsfinanzministerium eine genaue Darstellung darüber gegeben hätte, aus welchen Positionen sich die Gesamtmehrbelastung von 170 Millionen im Jahr zusammensetzt. Die Sache liegt nämlich folgendermaßen:

Von den monatlichen Mehrkosten entfallen 1. auf die aktiven Beamten (einschl. Reichswehr) 4.557 Millionen, 2. auf die Wartgeldempfänger, Pensionäre und Hinterbliebenen 2.655 Millionen, 3. auf die Kriegsveteranen, Kriegshinterbliebenen, Kriegsveteranenwitwen und Offiziere 6.721 Millionen.

Wie man sieht, entfällt auf die eigentlich aktiven Beamten nur ein bescheidener Teil. Die Hauptlast ist eine Folge des Krieges und des schematischen Beamtenabbaus. Dieser hat zur Folge gehabt, daß der unproduktive Teil der Last sich wesentlich erhöht hat. Er ist jetzt nahezu doppelt so hoch. Es fällt natürlich niemandem ein, den Opfern des Krieges — den wirklichen Opfern, nicht den Pensionären à la Ludendorff — ihre Bezüge zu mindern; aber sollen denn gerade die unteren Beamten die Kosten des Krieges und schematischen Beamtenabbaus tragen? Eine solche Beamtenbesoldungspolitik ist geradezu ein öffentlicher Skandal. Es ist wirklich höchste Zeit, daß ein neuer Reichstag für mehr Klarheit und mehr Gerechtigkeit in der Beamtenbesoldung sorgt. Die unteren Beamten haben es in der Hand, am 7. Dezember durch die Methoden und Praktiken des Reichsfinanzministeriums einen dicken Strich zu machen. Hoffentlich ist die Lehre vom 4. Mai nicht verloren.

### Schiedspruch im Bergbau.

Bochum, 25. November. (Eigener Drahtbericht.) Der Bergarbeiterverband stellt mit Nach-ergebnissen Schlichtungsverhandlungen zwischen Arbeitnehmern und den Besatzern der Zechenbesitzer wurde am Dienstag, den 25. November, ein Schiedspruch gefällt. Er sieht vor, daß der höchste Reparaturarbeiter-Schichtlohn von 5,60 auf 6,10 M. erhöht wird. Alle übrigen Schichtlöhne sollen entsprechend dieser Erhöhung aufbereitet werden. Die Lohnaufbesserung beträgt durchschnittlich 8,9 Proz. Die Bergarbeiterverbände werden in den nächsten Tagen zu diesem Schiedspruch Stellung nehmen.

### Heran an die Massen! Es war wieder einmal nichts.

Vom Verband der Buchbinder wird uns geschrieben: Die Bewegung für die BDB-Buchbindereien ist beendet. Unter dem Druck unserer Mitgliedschaften in den vier Tarifstädten wurden die reaktionären Buchbinderbesitzer gezwungen, in freier Verhandlung den Minimallohn von 76 Pf. pro Stunde zu bewilligen. Diese Unternehmergruppe, welche sich von der Api-Organisation löstete in

### Sehr feine Weihnachts-Zigarren

von wunderbar-platzender Sandblatt-Ghana-Qualität mit schmerzlichem Brand! Probierhe mit 50 Stück 5,00 Mark (z. nach 300 Stück in verschiedenen Sorten 20.— Mark fr. nach Garantie für volle, beste Väterna: Zurücknahme jeder Sendung nach Verbrauch von 10 Stückproben. Größtes Bremer Zigarrenhaus: Ernst Wenz & Co., gep. 1893, Bremen 22, Döhlstedterstr. 92/97

der Zurecht, dadurch die niedrigsten Löhne im Gewerbe zu bezahlen, ist durch dieses Abkommen gezwungen worden, den höchsten Lohn in der Papier verarbeitenden Industrie mit uns zu vereinbaren. Die Differenz zwischen Buchbinder- und Buchdruckerlöhne wurde von 15 Proz. auf 8 Proz. vermindert. Tarifauschuss und Organisationsleitung wissen, daß damit nicht restlos die Wünsche der Buchbinderarbeiterschaft erfüllt wurden. Unsere Mitgliedschaft in Leipzig, Stuttgart und München hat sich trotzdem mit dem Ergebnis der Verhandlungen abgefunden und ihre Tarifauschussmitglieder bevollmächtigt, die Zustimmung zum Tarifabschluß zu geben. Erst daraufhin hat der Berliner Vertreter ebenfalls zugestimmt.

In späten Tagen verliert nunmehr der kommunistische Verband und die „Rote Fahne“ einen neuen „Verrat“ der Verbandsfunktionäre des alten Verbandes in der fast am bekanntesten Form zu konstruieren. Nachdem am 20. November in einer statutenförmigen Versammlung, die auch von Mitgliedern des kommunistischen Buchbinderverbandes besucht war, prominente Vertreter des kommunistischen „Fachspreises“ (Arndt und Dorig) davor warnten, sich in einen Streik begeben zu lassen und andere Vertreter derselben Organisation dieser weder an den Kopf werfen, daß trotz der Lohnbewegung gerade von diesen Oppositionshelden Ueberstunden und Büttagsarbeit ohne die tariflichen Prozentsätze angeboten und gemacht wurden, war an eine erfolgreiche Kampforganisation in Berlin nicht mehr zu denken. Im gegnerischen Lager ist man, weil man organisatorisch überhaupt nichts machen kann, natürlich nur noch in der Lage, zu schimpfen. Zu einer von dieser Organisation zum Sonntag vormittag einberufenen allgemeinen öffentlichen Versammlung waren trotz riesiger Reklame von den 13.000 Berufsangehörigen Berlins kaum 150 Personen erschienen, obwohl man eine Stunde mit der Eröffnung der Versammlung wartete. Trotz dieses Zusammenbruchs wird in der „Roten Fahne“ daraus eine Riesensaktion gemacht. In der unerhörtesten Form werden Verbandstreue und Tarifauschuss mit Schmutz demorfen.

In dem Bericht der „Roten Fahne“ wird gesagt, daß die Versammlung „gut besucht“ war. Die Deutschen sind sehr anspruchlos. Besser kann festgestellt werden, daß das Wesentlichste der Vorgänge dieser Versammlung nicht berichtet wird. Die erste Hälfte seines Referats füllte Czerny mit den üblichen Schurkereien usw. aus. In der zweiten Hälfte wurden von ihm ganze Spalten aus der „Roten Fahne“ verlesen. Zum Schluß, und das ist bezeichnend für diese angebliche Kampforganisation, empfahl er seinen Anhängern, bei den Unternehmern einzeln vorstellig zu werden und sich über dem vom alten Verband abgeschlossenen Vertrag besondere Zulagen zu erbitten. Das nennt man Kampf!

Es ist weiter notwendig festzustellen, daß unser Kollege Herzog ausdrücklich erklärte, daß der Verbandsvorstand beim Abschluß durchaus korrekt gehandelt hat, und daß durch einen Streik in Berlin unter Berücksichtigung der Verhältnisse in den Betrieben ein besseres Ergebnis nicht erzielt worden wäre. Alle Diskussionsredner der Opposition gingen beziehungsweise in ihren Ausführungen auf die Lohnbewegung überhaupt nicht ein. Unter Beschimpfungen wimmerte man um Wiederaufnahme in den angeblich reformistischen Verband bei Anerkennung der alten Rechte.

Priemer von der Berliner Verwaltung schilderte eingehend die Verhältnisse in der Industrie und bei den einzelnen Lohnabschlüssen und stellte in besonderer Weise fest, daß Czerny in seiner fünfjährigen Tätigkeit im alten Verband sich mit allem abgefunden habe. So mancher Streik, so manche Lohnbewegung wurde von Czerny während seiner Tätigkeit eingeleitet, die immer kläglich zusammenbrachen. Er stellte weiter fest, daß der Hauptvorwand nie für Tarifabschlüsse verantwortlich sei. Die von den Mitgliedern in Abstimmung gewählten Tarifauschussmitglieder treffen jeweils selbständig ihre Entscheidung. Es wurde von ihm weiter festgestellt, daß auch unserer Organisation die Einheit der Mitgliedschaft am Herzen lege. Allen Berufsangehörigen stehe es frei, durch Neueintritt ihren Willen zur Einheit zu bekunden. Nur der Verbandstag könne eventuell für die alten Mitglieder ein Anrechnung der alten Mitgliedschaft beschließen.

Eine besondere Rolle spielte in dieser Versammlung Rothe, der, was bei ihm nicht neu ist, an allem Anteil hat, ohne selbst etwas Gutes machen zu können. Getreu der von seinem Parteichef Lebedour gegebenen Parole brachte er mit dem KPD-Parteigestellten Frenzel eine gemeinsame Resolution ein, die mit 60 bis 70 Stimmen angenommen wurde.

Nach einem tendenziösen Schlusswort wurde die nächste Versammlung geschlossen. Wir wünschen den Kommunisten auch für die Zukunft, daß sie weiter so „an die Massen herankommen“.

### Generalversammlung des Verkehrsbundes.

In der Generalversammlung der Bezirksverwaltung Groß-Berlin des Deutschen Verkehrsbundes hob Bezirksleiter Drimann die Schwierigkeiten der Lohnverhandlungen im 3. Quartal besonders hervor. Die Unternehmer mußten meist erst durch die Schlichtungsbehörden, teilweise sogar durch Arbeitsinstellungen zu Lohn-erhöhungen veranlaßt werden. Im Arbeitslager sah man im ADGB den Diktator, der die Gewerkschaften zu Lohnbewegungen zwinge, da die Preislenkungsaktion der Regierung erfolglos war. Der Verkehrsbund hat in der Berichtszeit in 49 Fällen Eingriffsbewegungen geführt; beteiligt waren 2571 Betriebe mit 18993 Beschäftigten, für die insgesamt Lohnverhandlungen von 43.237 M. für die Woche erreicht wurden. Drimann erwähnte die Streiks bei den Zigarettenfirmen Mandl und Problem und in den Expeditionsgeschäften, wo sehr gute Erfolge zu verzeichnen waren. In seinen weiteren Ausführungen ging Drimann auf den Hochbahnerstreik ein, den er als ein Musterbeispiel dafür bezeichnete, wie Streiks nicht geführt werden können.

Der christliche Eisenbahnerverband spielte sich während der ganzen Tarifbewegung als „die führende Organisation“ auf, obwohl von den 2000 Mann des Fahrpersonals nur 700 bei den Christen organisiert waren. Die Vertreter dieses Verbandes gingen die Dummheit, sich dem Schlichtungsausschuss mit der Mitteilung zu empfehlen, sie hätten auch die Vertretung der Unorganisierten übernommen. Der Spruch fiel dementsprechend aus, und die Christen sahen, daß alle Versprechun-

gen, die sie dem Personal gemacht hatten, uneingelöst blieben. Der christliche Verband war soweit gegangen, beim Schlichtungsausschuss die Bildung eines eigenen Beamtensrates für das Fahrpersonal zu fordern, da der Arbeiterrat nicht zuständig sei. Sie riefen den Schlichter zur Vermittlung an; selbstverständlich konnte auch diese Instanz keine gute Organisation ersehen. Wenn es der führenden Organisation mit einem Kampf ernst gewesen wäre, hätte er in diesem Stadium der Verhandlungen einsehen müssen. Man hätte aber solange, bis schließlich der Schlichter den Spruch für verbindlich erklärt hätte und mußte nun mit ansetzen, wie die Hochbahner den Streik beendeten. Den Organisationen waren die Hände gebunden, die Führung der Bewegung lag bei der Streikleitung, die dieser Arbeit nicht gewachsen war. Drimann protestierte dagegen, daß die Schuld am verlorenen Streik dem Verkehrsband zugeschoben wird. Schuld seien vielmehr die Leute, die den Hochbahner unerfüllbare Versprechungen gemacht hatten bei der ganzen Bewegung aber ihre Unfähigkeit fortgesetzt bewiesen müßten. Das Personal muß erkennen lernen, daß nur eine starke, zielbewußte Organisation für seine Vertretung in Frage kommt.

Nachdem noch über die Kartationsarbeit, den Arbeitsnachweis, die Mitgliederbewegung und die Klassenverhältnisse berichtet worden war, trat in der Diskussion der Kommunist Seiwahl mit den schwersten Anwürfen gegen den Leiter des Verbandsorgans hervor. Der Redner und seine Gefolgsleute schienen es darauf an zu sein, einen Standes unter allen Umständen zu provozieren, um für die Wahl einen Brocken Propagandastoff zu bekommen. Wieder die Verammlung, noch der Vorstehende tat dem Tugendkommunisten den Gefallen. Drimann konnte in seinem Schlusswort, ohne auf die Provokationen der Sozialisten weiter einzugehen, feststellen, daß die Organisation sich für solche Funktionäre bediene, die nichts weiter zu tun haben, als das eigene Netz zu beschmutzen. Der lebhafteste Protest der Versammlungsmehrheit ließ den Kommunisten keinen Zweifel darüber, daß es in der Art, wie sie es trieben, nicht weiter geht. Der Verkehrsband ist dank seiner guten Organisationsarbeit wieder eine starke, kampfbereite Organisation geworden. Die verbündeten, überzeugten Mitglieder haben keine Lust sich ihre erprobte Organisation von einigen Beauftragten der KPD-Zentrale herunterreißen zu lassen.

### Kaufmännische Lehrlinge als Handelshilfsarbeiter.

Vom 3. M. wird uns geschrieben: Seit längerer Zeit beobachten wir, daß vor den Paketpostämtern, insbesondere vor dem Paketpostamt in der Sandbäcker Straße volldiebende Handwagen mit Postpaketen stehen. Die der Post zur Beförderung übergeben werden sollen. Als Führer dieser Handwagen und als Aufsichtlicher der Pakete sehen wir eine große Zahl jugendlicher kaufmännischer Angestellter, von denen — wie festgestellt wurde — der größte Prozentsatz noch im Lehrverhältnis steht.

Es ist gar nichts dagegen einzuwenden, wenn in einem Großbetriebe ein kaufmännischer Angestellter den Handelshilfsarbeiter begleitet, um diesen bei seiner Arbeit zu unterstützen und um insbesondere die Abrechnungen am Postalter vorzunehmen. Wir wenden uns gegen die Verwendung kaufmännischer Angestellter auch nicht aus irgendeinem Standesdünkel, sondern lediglich aus dem Grunde, weil jede Arbeitnehmerkategorie sich auf ihren Aufgabebereich zu beschränken hat. Es geht nicht an, daß der kaufmännische Lehrling seiner geordneten Berufsausbildung dadurch entzogen wird, daß er Arbeiten der Handelshilfsarbeiter verrichtet, und ebensowenig ist es zulässig, durch die Uebertragung derartigen Arbeiten an kaufmännische Angestellte oder Lehrlinge die ohnehin starke Arbeitslosigkeit der Handelshilfsarbeiter noch mehr zu steigern.

Wir begnügen uns heute mit diesem Appell an die Öffentlichkeit, werden aber gegebenenfalls auch die Namen derjenigen Firmen nennen, die in dieser Weise ihr Personal beschäftigen. Wir glauben auch, daß die Gewerbeaufsichtsämter an der Angelegenheit nicht uninteressiert sind.

Wittmoos, Zimmerer! Wittmoos, den 24. November, abends 7 1/2 Uhr. im Gewerkschaftshaus, Saal 1, Engelstr. 24/25. Versammlung Mitglieder auf dem Boden der Antikerstraße Internationale lebenden Mitglieder der Antikerstraße Berlin des Zentralverbandes der Zimmerer Deutschlands. „Bewusstseins- und heilige Arbeitbewegung.“ Referent Genosse Kurt Heilig. Recht zahlreichere Beteiligung unbedingt notwendig. Der Kartationsvorstand.

Deutscher Feingewerksbund, Fachgruppe der Köpfer, Fortsetzung der Mitgliederversammlung am Mittwoch, den 26. November, nachmittags 6 1/2 Uhr. in den Heiden-Platz, Pöndelbergstr. 31. Die Kollegen müssen alle erscheinen, da die Beschlußfassung über die Lohnbewegung in dieser Versammlung eine einhellige sein wird. Die Fachgruppenleitung.

Gettler, Kapellener- und Portefeuille-Verband, Lebensmittelarbeiter heute, Mittwoch abend 7 Uhr, bei Becker, Weberstr. 17, Beamtensammlung, Bericht von den Lohn- und Urlaubverhandlungen.

Verantwortlich für Inhalt: Ernst Wenz; Redaktion: Kurt Heilig; Druck: Antikerstraße 24/25, Berlin. Verlag: Hermann-Brosch & Co., m. b. H., Berlin. Druck: Hermann-Brosch-Verlag und Verlagsanstalt: Paul Singer & Co., Berlin SW 68, Lindenstraße 3. Hierzu zwei Beilagen und „Frauenzimmer“.

## FAKINO

Ist kein Parfüm



Hühneraug' auf Zeh' und Sohl'  
Wirst du los durch Lebewohl!

In Drogerien und Apotheken. Verlangen Sie ausdrücklich „Lebewohl“ mit Filzring.

Ein neuer Stern, die große **3-3** Zigarette  
in der bekanntesten Packung **die Tänzerin**  
**Georg A. Jasmatzi Akt. Ges. DRESDEN-A.21**



# Schauspielerfreuden.

Das seltsame Subjekt, das die Welt mit dem Titel „Künstler“ bezeichnet, kann es selten irgendeinem recht machen, weder dem Publikum noch der Presse. Das höchste Glück, das äußere Erfolg, falls er eintritt, wiegt bei weitem nicht das Uebermaß von Leiden und Mühen auf, das dem Mimen während seiner meist dornenvollen Laufbahn auferlegt ist.

## Der Werdegang.

Noch heute spüren viele, sobald die Siebzehn überschritten sind, mehr oder weniger Theatergläubigkeit. Sie haben vielleicht bei irgendeiner Vereinsveranstaltung ein Gedicht aufgesagt, sind von Omet und Tanten mit rührendem Beifall überschüttet worden und sehnen sich nun nach „Künstlerruhm“. Die ersten Kämpfe mit der Familie beginnen, da Vater und Mutter gewöhnlich solchen Blößen abhold sind. Der Startpunkt der Jugend schmilzt dann allmählich das häusliche Eis, und die ersten Schritte werden freudbestrahlend und herzlichst von den Eltern begrüßt. Zwei Wege stehen offen: die Theaterakademie und der private Einzelunterricht. Am bekanntesten ist wohl die Reinhardt-Schule (Deutsches Theater), aus der wirklich tüchtige Kräfte hervorgegangen sind. Am allgemeinsten empfiehlt sich Einzelunterricht, weil hier individueller behandelt werden kann. Privatlehrer werden natürlich teurer sein, und wer über genügend Mittel verfügt, sollte unbedingt beides versuchen. Die Wahl des Lehrers ist nicht ganz leicht; es gibt „moderne“ und „unmoderne“, die alle ihre eigene Methode haben. Ob sie richtig ist, wird der Schüler ja bald heraus haben, wenn er intelligent genug ist; zunächst beginnen rhetorische Studien, vor allem muß das „Theater-R“ sitzen das berühmte Junge-R. Beherrscht man die Vokale und Konsonanten, lernt man zuerst vier-eckig Verse sprechen oder Prosa lesen. Das sind langwierige Übungen, je gründlicher, desto besser selbstverständlich; endlich beginnt dann das heiserlehnte Rollenstudium, zum Ensembleunterricht führend. Stets und glückselig verläßt man eines Tages die Lehrerin, um das erste Engagement anzutreten.

## Debut in der Provinz.

Die ersten großen Enttäuschungen erlebt man auf der Engagementsreise. Entsetzt merkt man, daß da nicht bloß Hunderte, nein Tausende von Rivalen sind. Und die Herren Agenten, nach weniger die Direktoren werden gar nicht darauf, daß „man“ kommt. Man ist hier höchstens Nummer foundo, falls man nicht tatsächlich ein Risikocapital besitzt, was sich häufig erst später herausstellt, meistens die Art der eigentlichen Begabung. Ich hörte, wie ein Intendant zu einer Kandidatin, die natürlich den Reichen-Romanos („Fauft“, 1. Teil) sprach, wohlmeinend sagte: „Kommen Sie wieder und sprechen Sie die alte Bittichen!“ („Verlunne Götter“). In der Tat sind sich viele jungen Menschen ihrer wirklichen Fähigkeiten noch nicht recht bewußt. Glücklicherweise von einem kleinen Requisiteur rechtzeitig „entdeckt“ wird! Der fertige Schauspielerschüler — soweit von einem Kritiker in die Rede sein kann — träumt beschwermissemäßig von einem Engagement in Hannover oder Mannheim, wenn es schon Berlin nicht sein kann; er ist aber ganz zufrieden, wenn es ihm vielleicht durch Zufall gelingt, nach Erfurt oder mit Freie abzuschießen. Erwartungsvoll reißt er in die Provinz, von keinem Können seltenst überzeugt. Bald wird er erfahren, wenn er es ehrlich mit sich meint, daß er über „nupt nichts“ kann. Der Lehrer hat vielleicht seine Stimme ausgegeben, es jedoch unterlassen, ihm Bühnenbewegungen beizubringen; an den Theaterakademien haben wir heute gymnastische und rhythmische Kurse. Das neue Theater dürfte strikter den allerhöchsten Wert auf innerliche bzw. tänzerische Fähigkeiten legen. An der Regel sorgen die Kollegen und Kolleginnen dafür, daß man an seinem Talent zu zweifeln beginnt. Anfänger werden in jeder Weise unterdrückt, müssen wohl oder übel eine gewisse Dreistigkeit besitzen, um sich durchsetzen zu können. In allen Ecken der Bühne und des übrigen Theaters werden sie zum Stein des Anstoßes; die älteren Kollegen befehlen die „Konkurrenz“, sie töricht doch sein moa, und der Herr Direktor nützt sie aus, so gut er eben kann. Dazu kommt die felleinliche Kritik, die einem jungen Künstler das plötzliche nicht mehr ideal erscheinende Theaterleben verblüht und gar zuwider macht. Denn die materiellen Sorgen sind keine geringen. Volontäre werden, was kaum der Erwähnung bedarf, mit ganz geringen Ausnahmen sehr schlecht bezahlt. Potsdam zahlt beispielsweise einem Anfänger

heute noch nur sechzig Mark monatlich. Die ersten beiden Theaterjahre sind also kaum angenehme, und oft genug bedauert manche jungelerin am Ende der Volontärszeit bereits, nicht einen anderen Beruf gewählt zu haben.

## Der Thepiskarren rollt — — —

Eine Spielzeit ist schnell zu Ende. Ehe man sich dessen versteht, schließt das Theater seine Pforten, und die Jagd nach dem Engagement beginnt. So vergeht ein Jahr nach dem anderen. Der Mime wird älter und — müder, enttäuschter. Dem Traum von Erfolg und Ruhm hat er längst ausgeträumt, seine Ideale als über-



flüssigen Ballast abgeworfen. Broterwerb ist ihm nur noch der einste so geliebte und teuer erkämpfte Beruf. Erschöpft steht er abends auf der Bühne, in steter Angst, sein Gedächtnis könnte einmal versagen, macht mechanisch einstudierte Gesten. Die Frau im Kästen, die viel zu wenig geachtete Souffleuse, meist alt und frühere Kollegin, ist seine treue Helferin; von ihr hängt mehr ab, als der Zuschauer ahnt. Das Geschehen des Abends steigt seufzogen auf ihren angestrengten Lippen. Wenn sie intrigant wäre, könnte sie dem Darsteller mitunter erheblich schaden; sie ist aber brav, dem Soloperformer keine Ränke selbst überlassend. Von Theaterkasschwarz usw. haben wir ja oft und öfter gehört; was sich hin und wieder in den Garderoben abspielt, ist beschämend für Theaterleute. Neid und Mißgunst feiern da die merkwürdigsten Triumphe; hinter den Kulissen spielen sich bisweilen mehr oder größere Tragödien ab als auf der Bühne selbst. Von Stadt zu Stadt zieht der Schauspieler, was sein Leben so ruhelos macht und vor allem verteuert, besonders, wenn er Familie hat. Im letzteren Fall sind seine Verhältnisse die schmerzhaftesten, da die Einkünfte niemals ausreichen. Und gerade der Mime mühte sorglos leben können, um alle Strapazen der Seele, des

Geistes und Körpers ertragen zu können. Die Altersfrage spricht wesentlich mit; was fängt der Mitgewordene an? Das Marie-Cecilia-Stift kann unmöglich alle Theaterinvaliden aufnehmen; bleibt die Pensionkasse der Deutschen Bühnengenossenschaft übrig. Ist die Last doch nicht mehr als traurig, daß ein früher Gefeierter plötzlich dem furchtbaren Nichts gegenübersteht? Vergessenheit wartet schließlich die für den Lebenden am schmerzhaftesten ist.

Die Früchte der harten Theaterarbeit ernten die „Prominenten“ allein; das sind hervorragende Darsteller, sogenannte Stars, deren Name in aller Munde ist und deren Ruhm alle Zeitungen verkünden. Dabei müssen wir natürlich die echten von den „halb-echten“ unterscheiden; sie haben nach mehreren künstlerischen Kämpfen endlich reifert, oder, was freilich selten ist, ihre Laufbahn war gleich vom ersten Tage an glanzvoll. Für diese kommt die Note des Theaters, fürchtbare Berufsorgen nicht in Frage; ihre Götze erlaubt ihnen zuweilen jeglichen Luxus. Ist es einem bedeutenden Schauspieler vergönnt, ein fürstliches Leben zu führen, so müssen tausend seiner Kollegen dafür darben. Welche Folgen solche Riesengagen zeitigen, beweist die augenblickliche Lage des deutschen Theaters am besten. Das schädliche Starwesen miment allmählich den breiten Schauspielerstand; die Bühnengenossenschaft will deshalb endlich einschreiten. Pflicht dieser Prominenten wäre es, den weniger gut gestellten Kollegen und Kolleginnen nach Kräften zu helfen. Wenige Ausnahmen sind sich dieser sozialen Aufgabe bewußt.

## Bürger Ortherl.

### Das Ende eines militärischen Hochstaplers.

Ortherl alias Freiherr von und zu Egloffstein hat auch nach Verkündung des Urteilspruches das bayerische Adelszeichen, das er während der Gerichtsverhandlung unentwegt trug, nicht abgelegt. Es schmückt seinen Rock im Gefängnis wohl heute noch. (Was sicher ist, daß das Gericht sich der großen Mühe unterzogen hat, festzustellen, daß ihm der Adelsstitel durch einen Gnadenakt des bayerischen Königs nicht zurückgegeben worden war.) Man sah es dem Ortherl an, zwei Dinge trafen ihn am schwersten: die Feststellung des Gerichts, daß er nur der „Bürger“ Ortherl ist und die Absperrung selbst dieser bürgerlichen Ehrenrechte. Nun wird er selbst nie erwerben müssen, um sie zu besitzen. Der Adelsstitel aber ist für ihn auf ewige Zeiten dahin. Und dabei ist Ortherl doch so streng national, Finanzretter und Rapp-Wohlwäter, im vaterländischen Sinne tätig, außerdem auch noch Urkundenfälscher und Hochstapler, Diebstahlsstifter und Destruant. Eine dunsichtige Kreuzung von erblicher Belastung und hoffnungslosem Willen. Im großen und ganzen aber ist er ein guter Kerl und selbst ritterlicher Anwandlungen nicht bar, was er eine ziemlich harmlose Giftpflanze des Nachkriegsjumpies. Die am meisten durch ihn Geschädigten waren bis heute die Adelsfamilie der Freiherrn von Egloffstein, deren Ansehen er schädigte, die 23-jährige Greisin Heiser, die er um ihre paar tausend Mark Ersparnisse gebracht hatte und der Staat, den sein Prozeß ein Heidengeld gekostet hat. So hat der Steuerzahler in diesem Falle, wie in vielen anderen die völlig verkehrte Kriminalpädagogik der Gerichte und die unzersehbliche Nachsichtigkeit gegenüber ungeratenen Burken aus begüterten und adeligen Häusern teuer zu bezahlen. Die Presse hat den Ortherl als einen hervorragenden internationalen Hochstapler gefeiert und ihm mit Manolescu verglichen. Ortherl ist aber ein ganz kleiner, unbedeutender Mensch, durchaus keine Persönlichkeit. Sein Erfolg — soweit man von einem solchen überhaupt reden kann — bewegte sich in nur engen Grenzen; er fiel in die kurze Zeitspanne der Kriegskriegsaktionen, die dem Aufkommen der militärischen Hochstapler besonders günstig war. Dort jedoch, wo er höher hinauskam, wie z. B. beim Kriegsnachrichtendienst, erlitt er Fiasko und das übrige waren ganz simple Verbrechen. Er ist gleich vielen seiner Art ein Schulbeispiel des psychopathischen Hochstaplers. Das, was ihn für den Kriminalpsychologen besonders interessant macht, ist der phantastische Aufbau des kunstvollen Augenwebes, an dessen Realität er schließlich selbst glaubte. Deshalb trieb ihn auch die Begründung des Urteils die Rote ins Gesicht. Er sah das ganze phantastische Gebäude seines Lebens Schlag auf Schlag undarmberzig zusammenstürzen; es blieben nur übrig: Bürger Ludwig Ortherl, 30 Jahre alt, 5 Jahre Gefängnis, 5 Jahre Ehrverlust. Das Leben muß nun für ihn jeden Reiz verloren haben. Die psychiatrischen Sachverständigen hatten Ortherl als Schädling für

## Der Mittelweg.

Von Sir Philip Gibbs.

„Und was hast du daran auszusehen?“ fragte Alban eifrig. Joyce sprach eindringlicher. „Bertram! Nimm dich zusammen! Wenn du dies nicht annimmst —.“ Die Stimme klang drohend.

Bertram versenkte die Hände tief in seine Taschen, neigte sich vor und starrte auf den Teppich.

„Die Sache ist nämlich die,“ begann er, nach Worten suchend. „Es gefällt mir nicht, mit anzusehen, wie Leute unserer Klasse, oder Ihrer Klasse, wenn Sie so wollen, ihre Kräfte organisieren, um arme Teufel niederzuschlagen, die doch schließlich nur anständig leben wollen, und das nach einem Kriege, den sie selbst mit gewonnen haben. Ich kenne diese Streikfragen. Es ist seit Ende eine Aussperrung durch die Arbeitgeber, und die Arbeiter meinen nun einmal, daß sie bei diesen Löhnen nicht bestehen können und als Ketter des Vaterlandes eine bessere Behandlung verdient hätten. Vielleicht haben sie unrecht, aber sie fühlen sich im Recht. — Nun diese Schutzorganisation — es klingt ja sehr annehmbar, und ich bin gewiß bereit, für Gesetz und Ordnung einzutreten. Aber die Geschichte steht doch so aus, als kämpfe eine Oberklasse gegen Arbeiter, die genug zum Leben verdienen wollen. Aristokratie gegen Demokratie. Mittelstand gegen Hefe des Volkes. Ja, es mag stimmen. Aber, ich habe Schulter an Schulter mit diesem Volke gekämpft, ich hab' es an Schlachtagen losstürmen sehen und ich bin naher durch die Reihen der Toten geschritten. Da hab' ich sie lieben und verstehen gelernt. Und ich soll diese Jungens niederknallen, die vor mir im Schützengraben salutiert haben und die ich wieder begrüßt habe als das Volk des Vaterlandes? Nein, ich kann die Maschinenwaffe nicht gegen meine eigenen Leute richten — oder die ganze Hölle müßte schon los sein. Und die Hölle ist noch nicht los, wenn sie nicht mit Gewalt losgelassen wird. Und ich will lieber verdammt sein, als dabei mitzuhaben. So! Ich hoffe, Sie verstehen meine Auffassung, General.“

Sie hatten ihn aussprechen lassen, ohne Unterbrechung, in tödlichem Schweigen. Joyce war ganz blaß geworden. Sie stand noch immer an dem hohen Lehnstuhl und heftete ihre Augen in zorniger Bestürzung auf Bertram. Ab und zu lächelte sie wegwerfend. Alban sah in dumpfer Wut da,

Kenneth Murles beobachtete ihn mit Interesse, Lord Ottery fingerte mit geschlossenen Augen in seinem roten Bart. Der General rühte ruhelos auf seinem Stuhle, errötete ärgerlich und traß endlich mit hartem, feindseligem Blick auf Bertram.

„Ich bedauere, daß mein Anerbieten in einer so geschmacklosen, so unerhörten Denkungsweise abgelehnt worden ist,“ sagte er kurz und hart.

Joyce stand jetzt vor dem großen Kamin. An dem Funken ihrer Augen erkannte Bertram, wie tief erregt sie war, aber ihre Stimme klang ruhig, als sie sich lächelnd an den General wandte.

„Nicht abgelehnt, General. Bertram gestattet sich nur einiges Pathos. Warum nicht? Deshalb aber nimmt er doch an.“

„Stimmt das?“ fragte der General, ohne zu begreifen, von Joyce zu Bertram blickend. „Ja, gewiß stimmt es, nicht wahr Bertram?“ sagte Joyce. Nun trafen sich auch die Augen der beiden. Bertram sah wohl die Bitte in den Augen seiner Frau, aber dahinter lauerte ein Befehl.

„Ich fürchte, es bleibt bei der Ablehnung,“ sagte er. „Ich hasse den Gedanken an das Ganze.“

Nun verließ Joyce ihren Platz am Kamin. Sie sprach noch immer ruhig, aber ein neuer Klang bebte in ihrer Stimme. „Ich bitte um Entschuldigung im Namen meines Mannes, General. Aber wenn Bertram nicht annimmt, halte ich wenig von seiner Ergebenheit mir und dem Vaterland gegenüber. Jetzt will ich aber zu Mutter gehen, die wahrscheinlich über mein Nichtkommen wütend ist.“

Sie verließ das Zimmer hoherhobenen Hauptes und mit lächelndem Munde, Bertram aber, der jeden Schatten in dem geliebten Gesicht kannte, sah wohl, daß sie leidenschaftlich zornig auf ihn war. Nach ihrem Verschwinden herrschte tiefes Schweigen. Alban brach es zuerst.

„Ich finde, du bist ein verdammter Narr, Bertram. Bist du Boßhaftig oder so was Ähnliches geworden?“

„Ich habe meine Ansicht erklärt,“ erwiderte Bertram kalt, „und erwarte nicht von dir, daß du sie begreifst.“

General Bellasis machte einen letzten Versuch. „Um Ihrer Frau willen, Ballard, wiederhole ich mein Anerbieten zum letzten Male. Ja oder nein? Ohne Umschweife.“

Bertram kämpfte einen kurzen, letzten Kampf. Er wußte, er konnte sich mit einem Wort die geliebte Frau zurückgewinnen, und, bei Gott, der Preis war hohen Einfah wert, war alles wert, nur nicht seine Mannesehre.

„Nein, General. Meinen herzlichsten Dant.“

General Bellasis schob seinen Stuhl zurück und warf seine Zigarette ins Feuer. „Gehen wir zu den Damen,“ sagte er mit seinem schärfsten Kommandoton.

Lord Ottery erwachte aus seinem Schlummer. „Ach ja, eine Partie Bridge, nicht?“

Kenneth Murles öffnete die Tür und wartete, bis die beiden alten Herren und der schlechte gelaunte Alban den Saal verlassen hatten. Dann blickte er lächelnd zu Bertram hinüber, der von innen ins Feuer starrte. „Als Egoist bin ich über Ihre Verletzung des eigensten Interesses betrübt, Bertram,“ bemerkte er leicht, „aber doch wieder erhoben durch Ihren Glauben an das Ideale.“ „Sehr verbunden,“ knurrte Bertram und stieß ein Holzstück weiter hinein in die Flamme. Kenneth lächelte unmerklich und folgte den anderen in den Salon.

Alban in dem großen Speisesaal blieb Bertram noch ein paar Minuten vor dem Kamin stehen und sah mit schmerzhaft gefalteter Stirne zu dem Gemälde der schönen Urabnin, Joyce Bellairs, auf, die seiner Frau so sehr glück. „Wie schwer ist doch alles,“ seufzte er. „Arme Joyce.“

27.

Als Bertram in den Salon kam, fand er Lord und Lady Ottery, Joyce und General Bellasis beim Bridge. Kenneth war mit der anderen jungen Dame ins Billardzimmer gegangen.

Für Bertram gab es hier also nichts zu tun, und er fühlte die absichtliche Kälte der anderen. Joyce vermied absichtlich seinen Blick, trotzdem er versuchte, ihre Aufmerksamkeit auf sich zu lenken. Aber sie schien ganz in ihr Spiel vertieft und wollte seine zwingenden Blicke nicht bemerken, nur Lady Ottery beklagte sich gereizt. „Gott, Bertram, steh' doch einen Augenblick still. Mein Partner spielt so schon schlecht genug,“ was befagter Partner, ihr Gatte, mit einem milden Brummen quittierte.

Bertram wußte, daß dieser heutige Abend über sein Geschick entscheiden würde. Er hatte Verzicht geleistet, um seines Gewissens willen, aber jetzt drängte es ihn, mit seiner Frau darüber zu sprechen. Sein Herz verlangte danach, von ihrem Herzen gehört zu werden. Er konnte nicht länger warten. Heute mußte sich's zwischen ihnen entscheiden, ein für allemal und zwar sofort. Und Joyce spielte Bridge und machte Konversation mit General Bellasis.

Sie sollte und mußte ihm antworten!

(Fortsetzung folgt.)

die Zeit seines Lebens erklärt. Der Gerichtshof ging jedoch von der Möglichkeit einer Besserung aus. Einer der großen Vorgänger Derrhels, Manofeseu, ist zum Leben des hiesigen Bürgers zurückgekehrt, nachdem er einen Verleger gefunden hatte und sich nun schriftlich ausleben durfte. Auch den Derrhel suchen bereits die Verleger. Vielleicht werden sie auch seine Retter.

## Nieder mit der Sozialversicherung!

Das ist wohl der Sinn, der sich aus den Worten eines so hiesigen Arztes wie Herrn Wittowat ergibt, wenn er schreibt: „Die gesamte deutsche Volksgemeinschaft muß sich bis zur Wahrung ihrer beruflichen Freiheit mit den denkbar schärfsten Mitteln der gemeinsamen Sozialversicherung verteidigen. Nur durch diese letzte und höchste Strafmittel kann die Volksgemeinschaft einen gefährlichen Angriff auf die Freiheit des ärztlichen Berufs abwehren.“ Von gleicher Güte ist auch der Beschluß des Berliner ärztlichen Nordvereins, der am 22. November 1924 im Groß-Berliner Volksblatt veröffentlicht wurde: „Der Berliner ärztliche Nordverein beschließt gegen die von der Gesundheitsdeputation des Bezirks Prenzlauer Berg beschlossene Errichtung einer Erbkassenberatungsstelle im Bezirk Prenzlauer Berg Protest zu erheben, weil er diese neue Berufsgewerkschaft für durchaus überflüssig und in ihrer Auswirkung für schädlich hält, da sie mit einer vernünftigen, von allen (??) Die Redaktion) politischen Parteien für notwendig gehaltenen Bevölkerungsreform im Widerspruch steht. Das in dieser Richtung notwendige und zweckmäßige erfolgt besser durch die praktischen Ärzte. — Es ist abschließend in weiteren Kreisen noch unbestimmt, daß es sich bei dieser Einrichtung nicht nur um die Beratung wegen überstandener oder noch vorhandener Erkrankung an Tuberkulose und Geschlechtskrankheiten handelt, sondern vor allem um die Belehrung über die Verhütung der Konzeption (Empfängnis). Die praktischen Ärzte sollen veranlaßt bzw. gezwungen werden, die von dem der Beratungsstelle vorstehenden Ärzte für nötig gehaltenen Maßnahmen (Einnahme von Pessarien usw.) auszuführen.“ Dr. Souwer, 1. Schriftführer.

Nichtschleier hat sich wohl noch nie die Geldzier handverwahrte Ärzte gegenüber dem notleidenden Proletariat gezeigt. Gerade die Ärzte des Nordens Berlins dürften wissen, wie sehr die Proletarierfrauen durch zu häufige Geburten geschwächt werden, wie die Kinder und Säuglinge der Tuberkulose und Unterernährung zum Opfer fallen. Wenn einmal diesem Elend Einhalt geboten werden soll, helfen sie es für „Standeswohl“, einen Protest loszulassen, in dem sich die praktischen Ärzte zur Abweisung von Pessarien in Empfehlung bringen. Typisch für die geistige Verwirrung unter den hiesigen Ärzten und den ihnen nahestehenden Parteien ist es, daß sie Herrn Dr. Haedenkamp als Kandidaten auf die Reichswahlliste der ihnen gesinnungsverwandten Deutschnationalen Volkspartei sehen lassen. Diese Größe des Leipziger Verbandes der ärztlichen Standesorganisation wird sich in absehbarer Zeit wegen Verleumdung der Genossen Dr. Moses und Dr. Beyl zu verantworten haben.

Auch dieser Zeitungen der bürgerlichen, staatsbehaltenden und standestreuen Ärzte muß das Proletariat am 7. Dezember dankbar sein. Besonders die Proletarierinnen mögen sich bewußt werden, daß gewisse Vertreter der wohlhiesigen Bismarckpartei für sie den Gebirgszwang offenbar nur deswegen verlangen, damit sie beim nächsten krisenfröhlichen Krieg den Rohwuchs wieder in die Schranken schreiben können.

## Das Urteil im Fürstenwalder Prozeß.

### Klaus freigesprochen, Domke 3 Monate Gefängnis.

Nach Schluß der Beweisaufnahme erging zunächst der Staatsanwalt des Wort und beantragte mit längerer Begründung die Freisprechung des Angeklagten Klaus und die Verurteilung des Angeklagten Domke zu 900 Goldmark Geldstrafe.

Wie die Angeklagten sprach zunächst Rechtsanwalt Bohm und führte aus, daß es sich bei dem Fürstenwalder Mordmord um einen wohlgeplanten Mordfall der kommunistischen Partei gehandelt hätte. Das gehe aus einem beklagten Aufsatze der Zeitschrift der KPD hervor, worin die Mordtat ausgegeben worden sei, man solle Schlagwaffen nach Fürstenwalde mitbringen, aber keine Säufwaffen und man solle die Taschen schlagen, wo man sie fände. Es fände auch darin, daß die Fahrt nach Fürstenwalde keine „Gefahrenfahrt“ wäre. Es sei festgestellt, daß etwa 3000 Kommunisten abends vor dem Tage und frühmorgens am Mordmordtag von Berlin aufgebrochen seien. Als große Straftäter müsse man es bezeichnen, wenn von den Rebellen behauptet würde, sie hätten eine Vergnügungspartei nach Fürstenwalde machen wollen. Dagegen spräche auch die Tatsache, daß die Verbandspläne mit russischen Inschriften gefunden worden wären. Dadurch würde wieder einmal der Zusammenhang der KPD mit der Moskauer Regierung nachgewiesen. Die kommunistischen Zeugen seien nicht glaubwürdig. Sodann nahm Rechtsanwalt Wolfgang Heine das Wort zu längerer Ausführungen. Er bezeichnete sich als den Vater der Schupo, die er als Minister des Innern begründet hätte. Nachdem die Vertreter der Rebellen erwidert hätten, zog sich das Gericht nach 11 Uhr nachts zur Beratung zurück. Am 12 Uhr verurteilte der Vorsitzende das Urteil: Der Angeklagte Klaus wird freigesprochen und Domke wird zu drei Monaten Gefängnis wegen Mordhandlung verurteilt.

## Quittweg England-Indien über Berlin.

Am Dienstagvormittag flog der Chef des englischen Luftfahrtministeriums, General Brander, vom Flughafen Staaken zum Reichstag nach Warschau auf. Er beachtet über Leipzig, Bukarest, Konstantinopel, Angora, Aleppo, Bagdad, Schiras, Was, Dalker, Miran nach Kalkutta (Indien) zu fliegen, um den Luftweg England-Indien, der über Berlin führen soll, zu organisieren. Er will sich über die Beschaffenheit des Luftweges orientieren und Verhandlungen an den Hauptlandeplätzen pflegen. Auf dem Rückflug beachtet er, den Weg in Rekordzeit zurückzulegen. Ein großer Teil der Strecke soll späterhin gemeinsam mit dem deutschen Luftverkehr betrieben werden.

## Geisnahme eines jugendlichen Vandalenführers.

Ein Vandalenüberfall am Schlesiens Tor beschäftigte seit einigen Tagen das Raubdezernat der Kriminalpolizei. In jener Gegend wurden in der Nacht zum vergangenen Sonntag gegen 1 1/2 Uhr harmlose Straßengänger von einer gefährlichen Bande, an deren Spitze ein 23 Jahre alter Serajewski stand, ohne weiteres überfallen, mit Totschlägern oder durch Vorwürfe zu Boden gelockt, zum Teil schwer verletzt und auch beraubt. Aus Furcht vor der Bande und besonders ihrem als gewalttätig bekannten Anführer haben die meisten Überfallenen eine Anzeige unterlassen. Dem Raubdezernat ist es

schon gelungen, den gefährlichen Vandalenführer, der trotz seiner Jugend schon mit Zuchthaus bestraft ist, zu ermitteln und in sicheren Gewahrsam zu bringen. Die Überfallenen, darunter auch ein Ehepaar, und Zeugen der Vorgänge können sich jetzt ohne Sorge im Zimmer 80 des Polizeipräsidiums melden. Von dem gefährlichen Vandalenführer ihnen nichts mehr.

## Öffentl. Wählerversammlungen

heute, Mittwoch, 26. November, abends 7 1/2 Uhr:  
Berlin-Mitte: Gewerkschaftshaus (gr. Saal), Engel-Weber 24.  
Wedding: 15. Abt.: Schulaula Strelitzer Str. 42. — 21. Abt.: Schulaula Plantagenstr. 15/17.  
Friedrichshain: 32. Abt.: Fruchtstr. 30a (oberer Saal) bei Schmidt. — 33. Abt.: Schulaula Hohenlohestr. 10. — 34. Abt.: Comenius-Säle, Remeler Str. 67.  
Kreuzberg: 47. Abt.: Behrendl, Mantuffelstr. 95.  
Charlottenburg: Hohenzollern-Festsäle, Berliner Str. 105.  
Wilmerdorf-Halensee: Florasäle in Halensee. Johann-Georg-Straße.  
Neukölln: 93. Abt.: Cambrinus, Kaiser-Friedrich-Str. 86. — 94. Abt.: Rindl-Bräuerei, Hermannstr. 214.  
Kofenthal-Dorf: Bruseberg, Hauptstraße.  
Tagesordnung: Der 7. Dezember — ein Schicksalstag für Deutschlands Arbeiterschaft!  
Redner: Rob. Breuer, Crispian, Hugo Heimann, Künstler, Lempert, Landa, Otto Meier, Rielsh, Rielsh, Siering, Bermuth, Zubeil.

Donnerstag, 27. November, abends 7 1/2 Uhr:  
Schmargendorf: Goethe-Lyzeum, Spandauer Straße.  
Dahlem: Schilling, Königin-Luise-Str. 42.  
Schöneberg: Hohenzollernschule, Belziger Straße (Ecke Eisenacher Straße).  
Siegfried: Gymnasium Heefestr. 2.  
Tempelhof: Wanzl, Oberlandstr. 1.  
Budow: Turnhalle Gemeindeschule, Dorfstraße.  
Mahlsdorf-Süd: Heidekrug, Köpenicker Allee.  
Tagesordnung: Der 7. Dezember — ein Schicksalstag für Deutschlands Arbeiterschaft!  
Redner: Aufhäuser, Barrer Franke, A. Flatau, Heinig, Landa, Dr. Löwenstein, Scheidemann-Kassel.

## Öffentl. Frauenkundgebungen

heute, Mittwoch, 26. November, abends 7 1/2 Uhr:  
Tiergarten: 8. Abt.: Nationalhof, Bülowstr. 37.  
Charlottenburg: Zum Birnbaum, Galvanistr. 13.  
Lankwitz: Lehmanns Festsäle, Kaiser-Wilhelm-Str. 29/31.  
Reinickendorf-West: Volkshaus, Schwarnweberstr. 114.  
Tagesordnung: Frauen und Mädchen! Denkt an eure Zukunft!  
Redner: Clara Bohm-Schuch, Gertrud Hanna, Karl Litke, Clara Beyl.

## Beamten-Versammlungen

heute Mittwoch, 26. November, abends 7 1/2 Uhr:  
Unterhaltungsabend für Beamtinnen, Lehrerinnen und Behördenangehörige im Deutschen Hof, Apollosaal, Ludauer Straße. — Eintritt frei.  
Spandan: im Turnzimmer des Neuen Rathauses.  
Referent: Landtagskandidat Polizeioberwachmeister Klenz.  
Donnerstag, den 27. November, abends 7 Uhr:  
Polizeibeamte: Kammerstraße, Teltower Str. 1. — Referent: Landtagskandidat Polizeioberwachmeister Klenz. — Thema: Polizeibeamte und der 7. Dezember!  
Feuerwehr Groß-Berlins: Aula der Sophieschule, Weinmeisterstr. 16/17. — Ref.: Stadtverordneter Ernst Teschke. — Thema: Wen wählen wir in den neuen Reichstag?  
Genossen und Kollegen, erscheint mit euren Frauen und Freunden recht zahlreich.

## In der Morgenstunde . . .

Mit einem alten und recht gemeinen Trick arbeitet wieder einmal ein Schwindler, der es besonders auf die Arbeiterfrauen abgesehen hat. In der Wäsche eines Wiedermannes spricht er in früher Morgenstunde Männer an, die sich auf dem Wege zu ihrer Arbeit befinden und spiegelt ihnen vor, daß er sehr billig Holz und Kohlen liefern könne. Die Arbeiter, die sich nicht lange aufhalten können, geben ihm Namen und Wohnung an und schreiben sie wohl auch auf. Der Gauner geht nun nach gemessener Zeit nach der Wohnung, weil er ja jetzt sicher ist, daß er den Mann nicht trifft. Der Frau erzählt er, ihr Mann habe unterwegs Holz und Kohlen bei ihm bestellt. Aus dem Zettel mit Namen und Wohnung macht er auch einen Bestellschein, auf dem nun auch der Name steht. So läßt sich die Frau täuschen, gibt den Kaufpreis, durchweg 30 M., hebt aber niemals Holz oder Kohlen. Vor dem Schwindler sei Biermit gewarnt. Er ist etwa 1,70 Meter groß, hat einen gestulpen Bart, trägt eine graue Jacke, eine blaue Schlemmhaube und hat eine Altentafel bei sich. Mitteilungen an die Dienststelle Billa im Polizeipräsidium.

## Selbstmord vor der Verhaftung.

Den Bewohnern des Hauses Ringerstraße 22 in Potsdam war es seit einiger Zeit aufgefallen, daß bei dem dort wohnenden Rusiker Hagen das bittere halbwüchsige Mädchen und Kinder aus- und eingingen. Als Hagen, der Junggefelle war, darüber befragt wurde, gab er ausweichende Antworten. Man teilte die Wahrnehmungen der Polizei mit und die Ermittlungen führten dazu, daß die Angelegenheit dem Staatsanwalt übergeben wurde. Weiter fanden in der Sache Augenvernehmungen auf dem Landgericht in Potsdam statt, die Hagen schwer belasteten. Aus Furcht vor einer Verhaftung erschloß sich Hagen auf dem Potsdamer Friedhof. Er stand im 42. Lebensjahre.

## Die Tragödie eines Assistenzarztes.

### Widerrufene Beschuldigung gegen Professor Unger.

Ein aufsehenerregender Prozeß beschäftigte gestern das Große Schöffengericht Berlin-Mitte unter Vorsitz von Amtsgerichtsrat Reiner. Der Anlaß zu der öffentlichen Beleidigungsklage gegen Frau Drexler Coa Stern hat in ärztlichen Kreisen großes Aufsehen erregt. Frau Stern hatte den Chirurgen Professor Unger beschuldigt, der intellektuelle Urheber des Selbstmordes ihres Bruders gewesen zu sein. Sie hatte ihn „Mörder“ genannt, mußte aber am Schluß des Prozesses ihre Beschuldigung in einer Erklärung zurücknehmen.

Am 11. Mai dieses Jahres verübte der Bruder der Angeklagten, der Assistenzarzt der 2. chirurgischen Abteilung des Rudolph-Birchow-Krankenhaus, Dr. Friedrich v. Delbrück Selbstmord durch Morphium. Einige Tage darauf erkrankte die Schwester des Verstorbenen bei Geheimrat Kuttner, dem Direktor des Birchow-Krankenhaus, und rief mit lauter Stimme: „Professor Unger ist der Mörder meines Bruders!“ Sie behauptete, Professor Dr. Unger habe als dirigierender Arzt der Abteilung in der ihr Bruder tätig gewesen war, ihn dienstlich solange gequält, schikaniert und schmerzhaft behandelt, bis ihr Bruder zum Selbstmord getrieben worden sei. Diefelben Anschuldigungen erhob Frau Stern gegen Professor Dr. Unger selbst, indem sie im Krankenhaus in Begleitung der Witwe des Verstorbenen Prof. Dr. Unger entgegentrat und laut ausrief: „Sie sind der Mörder!“ Professor Unger hatte zunächst bei seiner vorgesetzten Behörde ein Disziplinarverfahren gegen sich selbst beantragt, das aber damit endete, daß sein Anlaß zum Einschreiten gegen ihn gefunden wurde. In der Verhandlung kam zum Ausdruck, daß Dr. v. Delbrück ein sensibler, feinfühliges Mensch war, der neben seinen ärztlichen auch wohl noch starke künstlerische Interessen hatte. Seine Führung als Arzt war aber tadellos. Er scheint befürchtet zu haben, daß Professor Unger, der ihn verschiedene Male getadelt hatte, entlassen und daß er dann Stellunglos sein würde. Die angeklagte Schwester des Verstorbenen Frau Stern war zu der Beschuldigung durch die vielen Klagen gekommen, die ihr Bruder im Laufe mehrerer Monate über die Behandlung, die ihm Professor Unger hatte zuzufügen lassen, erheben hatte. Professor Unger als Zeuge erklärte: Dr. v. Delbrück war ein fleißiger, ordentlicher und gewissenhafter Arzt, aber sehr zerfahren, zerstreut, unbeständig und unsädl. Er habe sehr gut mit ihm gestanden, gäbe aber zu, daß er manchmal bei einer größeren Operation, bei der es sich um Sekunden handelte, zugerufen habe: „Schlafen Sie doch nicht ein.“ Allerdings habe ich ihm wiederholt in meinem Zimmer Vorhaltungen gemacht, im großen Operationsaal nicht so zerstreut und unpünktlich zu sein. Er war ein herzenguter, lieber und anständiger Mensch, nur zum Chirurgen nicht geeignet. Der Angeklagten Frau Stern blieb schließlich doch nichts anderes übrig, als mit Professor Unger einen Vergleich zu schließen und eine Erklärung abzugeben, in der sie die beleidigenden Äußerungen gegen Professor Unger, den sie auf Grund früherer Anschuldigungen ihres Bruders verdächtigt hatte, den Bruder durch schlechte Behandlung zum Selbstmord getrieben zu haben, zurücknehmen.

## Der Einbruch im Zollamt Norden.

### 52 000 Goldmark Belohnung.

Der große Einbruch in das Zollamt Norden, bei dem den Verbrechern nach neueren Feststellungen für 48000 Goldmark Zigarettenhandverloren zu 2 2/3 und 3 Pf. in die Hände fielen, ist noch nicht weiter aufgeklärt. Von den Tätern hat man noch keine Spur gefunden. Es war ihnen leicht, in dem fiskalischen Gebäude in der Luisenstraße, in dem Tag für Tag viele Menschen aus- und eingehen, sich die erforderliche Orientierung zu verschaffen. Da das Gebäude des Nachts gut bewacht ist, wählten sie als Zugang ein benachbartes Privathaus am der Ecke der Luisenstraße und des Schiffbauerdamm, von dessen Dach aus sie über mehrere andere Dächer hinweg auf das des Zollamts gelangten. Hier erbrachen sie mit Gewalt eine Luke, fanden so Zugang zum Boden und gingen nun ungehindert nach dem zweiten Stock vor. Um den Raum mit den Werkzeugen zu erreichen, mußten sie an mehreren anderen Räumen erst die Türen aufbrechen. In einem dieser Räume stießen sie auf eine Menge Schnapsflaschen, die dort wegen der Zollbehandlung standen. Sie öffneten eine Flasche Risch, tranken etwas daraus und stellten sie wieder hin. Mit der über zwei Zentner schweren Beute müßten sie auch den Rückweg über die Dächer und auch durch das Privathaus genommen haben. Ohne Zweifel haben sie die schwere Last mit einem Auto weggeschafft. Der Einbruch ist, wie jetzt festgestellt, in der Nacht zum Bußtag ausgeführt worden. Für die Wiederbeschaffung der gestohlenen Handverloren ist eine Belohnung von 10 Proz. des Wertes, für die Ergreifung der Täter außerdem eine Belohnung von 4500 M. ausgesetzt. Mitteilungen zur Aufklärung nimmt Kriminalkommissar Brauchwilk im Zimmer 102 des Polizeipräsidiums entgegen, Hausnummer 483 und 484.

## Ein Zwischenfall vor dem Schöffengericht Mitte.

Vor dem Großen Schöffengericht Berlin-Mitte hatten sich die Kriminalassistenten Stanislaus Janowski und Otto Raß wegen Bittelschwindselen zu verantworten gehabt und waren zu je sechs Monaten Gefängnis verurteilt worden. Nach der Urteilsverkündung trat die Ehefrau des Angeklagten Raß in großer Aufregung vor den Richter und schrie laut: Das Gericht habe eine ganze Familie auf dem Gewissen, sie würde sich mit ihrem Mann und ihren drei Kindern noch heute nacht vergiften. Darauf schlug die am ganzen Körper alternde Frau bewußtlos zu Boden und man mußte längere Zeit damit zubringen, sie wieder ins Leben zurückzuführen. Gegen das Urteil haben die Verteidiger sofort Berufung angemeldet.

## Zur Förderung des Schulschwimmens.

Für den Schwimmunterricht der Schulkinder ist nicht immer das geeignete Lehrpersonal in der wünschenswerten Zahl vorhanden. Die sozialdemokratische Stadtverordnetenfraktion hat daher folgenden Antrag eingebracht: Die Stadtverordnetenversammlung beschließt, den Magistrat zu ersuchen, die erforderlichen Mittel zur Verfügung zu stellen, damit die zur ordnungsmäßigen Durchführung des obligatorischen Schwimmunterrichts in den städtischen Schulen nötige Beurteilung von Lehrkräften stattfinden kann, die die sachgemäße Leitung des Unterrichts in den Anstalten übernehmen können.

Ein begnadigter Raubmörder. Der vom Schwurgericht III verurteilte Händler Erich Weich, der die Krankenschwester Blotwig in Reinickendorf ermordet und beraubt hat, ist vom preussischen Staatsminister zu lebenslänglichem Zuchthaus begnadigt worden.

# Wer schnell eine gute Suppe kochen will,

nimmt Maggi's Suppen-Würfel (zu 12 Pfg. für 2 Teller) und kocht diese nur noch kurze Zeit nach Vorschrift lediglich mit Wasser. — Alles sonst Erforderliche ist in den Würfeln enthalten. — 25 Sorten wie Grünkern, Königin, Eier-Sternchen, Reis mit Tomaten, Erbs, Tapioka echt, Rumford, Pilz, Reis usw. Kennzeichen: der Name Maggi und die gelb-rote Packung.





# Wirtschaft

## Das Minetteerz als Kompensationsobjekt.

In den Verhandlungen um einen deutsch-französischen Handelsvertrag spielt das Eisenerz eine nicht geringe Rolle. Mit dem Verlust des Lothringer Minettegebietes ist die deutsche Erzförderung nach dem Stande vom Jahre 1913 von 28,6 Millionen Tonnen mit einem Eisengehalt von 8,5 Millionen Tonnen auf 7,47 Millionen Tonnen mit einem Eisengehalt von 2,40 Millionen Tonnen zurückgedrängt worden. Dies war für die deutsche Eisenindustrie ein empfindlicher Verlust. Bekanntlich wurde von den deutschen Anhängern im Jahre die gewaltsame Eingliederung des Erzbeckens Brion-Longwy gefordert. Man wollte der deutschen Bevölkerung einreden, daß unsere Eisenindustrie nicht mehr wettbewerbsfähig sei, wenn die Annexion der französischen Erzlagerstätten nicht erfolgen könne. Der Krieg hatte etwas anderes gebracht: nicht nur erfolgte keine Erweiterung der deutschen Erzbasen, sondern das französische Erzvorkommen, Lothringen und Luxemburg, ging überdies verloren. Die deutsche Industrie mußte sich umstellen und entweder die Förderung in den deutschen Produktionsgebieten (Sachsen und Ostpreußen, Sauerland, Harz, Thüringer Wald usw.) in stärkerem Umfange vornehmen oder die Einfuhr aus anderen Ländern vornehmen. Diese Umstellung erfolgte so gründlich, daß die deutsche Hüttenindustrie sich von der Minette fast vollständig emancipieren konnte.

Hierbei spielte die Beschaffenheit der verschiedenen Erze eine große Rolle. Die Minette hat einen Eisengehalt von nur 31 Proz., während die Schwedenerze einen solchen von 62 bis 69 Proz., die spanische Biskajerze einen solchen von 52 Proz., und die kanadischen Wabanoerze einen solchen von 54 Proz. aufweisen. Ferner kam hinzu, daß die Minette eine Feuchtigkeit von durchschnittlich 8, während die Schwedenerze eine solche von nur 0,5 und die Biskajerze eine solche von 0,7 Proz. haben. Die Erze aus den überseeischen Bezugsländern sind überdies manganhaltig, was bei der Minette nur in geringem Maße der Fall ist.

Der in den ersten 5 Jahren nach dem Kriege herrschende Kohlen- und Koks-mangel ließ die Verhüttung von überseeischen Eisenerzen infolge dieser günstigen Beschaffenheit wesentlich vorteilhafter erscheinen als diejenige aus Lothringen und Luxemburg. Dies mag paradox klingen, aber es ist so. Hinzu kommt noch, daß die großen deutschen Hüttenwerke in Schweden eigene Erzgruben besitzen und wie Stinnes über eigene See- und Rheindampfer verfügen, wodurch die Transportkosten wesentlich verringert wurden. Nicht uninteressant war auch eine technische Umstellung im und nach dem Kriege: die Siemens-Martin-Stahlerzeugung nahm im Gegensatz zum Thomasverfahren gewaltig zu. Im Kriege wurde mehr Stahl Qualität Siemens-Martin als Thomasstahl gebraucht, eine Entwicklung, die auch nach dem Kriege angehalten hat. Bei der Erzeugung von Siemens-Martin-Stahl werden aber große Mengen Schrott verbraucht, die meistens stark manganhaltig sind und zweitens viel weniger Koks bei der Verhüttung erfordern als Thomasstahl. Schrott stand aber in Deutschland infolge der Kriegsproduktion ausreichend zur Verfügung. Durch den Rapallo-Vertrag und infolge des Niederganges der russischen Industrie- und Transportwesens konnten hauptsächlich durch Vermittlung der deutsch-russischen Metallverwertungsgesellschaft, namhafte Schrottmengen nach Deutschland übergeführt werden. So gab es das andere, um einen Zustand herbeizuführen, der für die deutsche Eisenindustrie gegenüber der Minette günstig war und vor 10 Jahren noch als unmöglich gegolten hätte. Die Minetteerz-fahrt hat also ihre Schrecken verloren. Auch heute noch ist die Ersparnis von Brennstoffen trotz Herabsetzung der Kohlenpreise bei der Verhüttung von überseeischen Erzen so günstig, daß Minetteerz erachtet werden kann. So spielt das Minetteerz als Kompensationsobjekt für die deutsche Industrie heute eine wesentlich geringere Rolle als noch vor einigen Jahren. Die deutschen Unterhändler dürften also in dieser Beziehung im Vorteil sein.

Frankreich hat gewaltige Erzlager, die es selbst bei intensiver Wirtschaft in Jahrhunderten nicht verbrauchen kann. Es wird das Bestreben haben, diesen Reichtum abstoßen oder gegen andere Produkte, z. B. Ruhrkohle oder Koks, zu tauschen zu wollen. Gewiß wäre es sehr vorteilhaft, den Laufverehr zwischen Kohle und Minette wieder herbeizuführen. Zweifelloserweise

den solche Vereinbarungen mit der zunehmenden Verständigung zwischen der deutsch-französischen Montanindustrie auch zustande kommen. Aber es ist doch als ein Resultat einer zwangsläufig bestimmten Entwicklung festzuhalten, daß die deutsche Eisenindustrie sich verhältnismäßig rasch von der Abhängigkeit des Minettebezugs befreien konnte.

## Deutsche Werke A. G.

Die 1919 aus den ausschließlich der Erzeugung von Kriegsmaterial dienenden Staatswerken gebildeten Deutsche Werke A. G. veröffentlicht ihre Goldberöffnungsbilanz und ihren Gesamtumsatzbericht.

Die Aktien der Deutschen Werke A. G. befinden sich bekanntlich bis auf einen kleinen Bruchteil im Besitz des Reiches. In die technische und kaufmännische Organisationsfähigkeit der Leitung der Deutschen Werke A. G. wurden durch die verstoßene Umstellung von der Kriegs- auf Friedensbedarfs-erzeugung außerordentliche Ansprüche gestellt. Da die Deutsche Werke A. G. ein Staatsbetrieb ist, ist die Frage von höchstem Interesse, wie diese Umstellung gelungen ist und zu welchem Erfolge sie geführt hat.

Natürlich hatte die Deutsche Werke A. G. ganz besondere Schwierigkeiten bei der Umstellung zu überwinden, da sie nicht nur die vorhandenen Anlagen und Maschinen mitzuverwerten hatte, wodurch die neu aufzunehmende Produktion der Werke in eine bestimmte Richtung gezwungen wurde, sondern sich auch für ihre Produkte bei stark besetzten Märkten Absatz zu verschaffen hatte. Außerdem hatte sie die Konkurrenz gegen die hochorganisierte Maschinen-, Motoren- und Schiffbauindustrie aufzunehmen und auch auf den übrigen Gebieten ihrer Produktion (landwirtschaftliche Maschinen, Textilmaschinen, Motorträger, Grubenfahrzeuge, Lokomotiv- und Schiffsreparaturen usw.) mit stark ausgebildeten Konkurrenzpositionen zu kämpfen. Die Leitung der Deutschen Werke A. G. hat nun, wie bekannt, die außerordentlich große Schwierigkeit ihrer Aufgabe von vornherein erkannt. Sie hat nicht nur die technische Umstellung der Gesamtwerke vollzogen; sie ist auch von vornherein mit dem Bewußtsein an die Lösung ihrer Aufgabe herangegangen, daß nicht nur die technische Erzeugung, sondern auch die kaufmännischen Absatzbetriebe mit denkbar niedrigsten Kosten arbeiten müssen, wenn die Werke gegen die Konkurrenz auskommen sollten. So hat sie sofort dem technischen und Ausbau ihrer Werke eine eigene Abholorganisation angegliedert, die im Jahre 1923 durch eine Exportorganisation in Hamburg ergänzt wurde. Auch die dritte Hauptrichtung kostenparender Großbetriebsorganisation wurde beschritten, und zwar mit der Gründung der Vereinigte Industriemieternahmen G. m. b. H., in der die Reichsbank G. m. b. H. die Bank- und Finanzierungsgeschäfte der Deutschen Werke A. G. besorgt.

In der ganzen Bilanz kommt nun eine außerordentlich weitgehende Vor sicht zum Ausdruck. Die Hauptposten unter den Aktiven sind Grundbesitz und Gebäude. Sie sind mit 13,2 bzw. 25,6 Millionen Goldmark einsehend. Die gesamten Betriebs- und Verkehrsanlagen, Maschinen, Werkzeuge, Patente und Beteiligungen sind mit einer (Erinnerungs-)goldmark gebucht. Das entspricht der von der Deutschen Werke A. G. sofort mit der Wiederherstellung fester Währungs- und ordentlichen Marktverhältnissen anzuwendenden großen Vorsicht in der Weiterbeschäftigung von Betrieben, die keine Rentabilität versprechen. (Im Mai 1924 wurde die Konzentration der Produktion angeordnet. (Im Juni und Juli wurden das Kaffee- und Friedrichsorter Werk stillgelegt.) Demgegenüber wurde das Aktienkapital von 750 Millionen Papiermark auf 29 Millionen Goldmark umgestellt und ein Reservefonds von 5,8 Millionen Goldmark gebildet. Der Einzahlungswert der 750 Millionen Papiermark betrug etwas mehr als 30 Millionen Goldmark. Das Reich hat, wenn die Werke für die 29 Millionen Goldmark Aktienkapital eine Dividende erwirtschaften werden, unter Berücksichtigung der gebildeten Reserven nicht nur keinen Verlust erlitten, sondern einen Gewinn an Goldkapitalsubsidien erzielt. Da in der Bewertung der Anlagen offenbar außerordentlich starke Reserven stecken, wird die Deutsche Werke A. G. auch bei schwierigeren Konjunkturverhältnissen mit günstigen Entwicklungsbedingungen rechnen dürfen. Jedenfalls dürfte in den Anlagen reichliche Sicherheit für die eventuelle Aufnahme von Krediten stecken.

Was die Flüssigkeit der laufenden Geschäfte anbelangt, so leidet die Deutsche Werke A. G. offenbar auch an der außerordentlichen Betriebskapitalnot, die ganz Deutschland bedrückt. Die Liquidität der Eröffnungsbilanz ist keine sehr hohe. Doch dürfte es sicher sein, daß der Deutsche Werke A. G. bei ihrem starken finanziellen Rückhalt in der Lage daraus keine ernstlichen Schwierigkeiten begegnen werden.

Natürlich hängt letzten Endes auch für die Deutsche Werke A. G. alles von dem Konjunkturverlauf ab. Aber die Deutsche Werke A. G. dürfte, aller Animosität mancher Kreise gegen gemeinschaftliche Betriebe zum Trotz, das Rennen ebenso gut bestehen, wie sie es in ihrer schweren Umstellungs- und Ausbauphase bestanden

hat. Das gilt mindestens für die Rentabilität, die die Verwaltung bisher in ihrer Unternehmerpolitik so nachdrücklich betont hat, daß der Arbeiterschaft daraus schwere soziale Nachteile erwachsen sind.

## Der Nahrungsmittelverbrauch der Arbeiter.

Der Nahrungsmittelverbrauch der Arbeiter, der einen hervorragenden Maßstab für die Kaufkraft des Lohnes darstellt, ist in den einzelnen Ländern sehr verschieden. Auf Grund einer Umfrage des Internationalen Arbeitsamtes wurden aus den einzelnen Ländern die typischen Lebensmittel, beziehungsweise Verbrauchsmengen für eine durchschnittliche Arbeiterfamilie mitgeteilt. Weithin sind die Verbrauchsgewohnheiten der Arbeiterschaft in Frankreich und Belgien, in Südeuropa, in Mitteleuropa, in den skandinavischen Ländern und Holland, in den Vereinigten Staaten und Kanada. Diese Ländergruppen wurden demzufolge vom Internationalen Arbeitsamt zusammenfassend behandelt. Der englische Arbeiter hat in bezug auf seinen Verbrauch eine Sonderstellung. Die Lebensgewohnheiten in manchen überseeischen Ländern, wie in Indien und China, eignen sich nicht zu einem Vergleich mit denen der europäischen Arbeiterschaft.

Wie aus den Tabellen hervorgeht, ist der Brotverbrauch am größten in Frankreich und Belgien und in Mitteleuropa. In den übrigen Gruppen beträgt der Brotverbrauch im Vergleich zu Frankreich und Belgien nur die Hälfte, in Skandinavien, den Vereinigten Staaten und Kanada noch weniger. Weizen dagegen wird am meisten in den skandinavischen und holländischen Arbeiterfamilien, dann der Reihe nach in England, Südeuropa und in den Vereinigten Staaten verbraucht. In Frankreich, Belgien und Mitteleuropa wird nur ein Viertel bis ein Fünftel der von den übrigen Gruppen verbrauchten Mengen Weizen verzehrt. Butter ist das Nahrungsmittel der reichen Länder; Mittel- und Südeuropa sind am Verbrauch mit weniger als der Hälfte der übrigen Gruppen beteiligt. Umgekehrt ist der Kartoffelverbrauch, der in Zentraleuropa am größten ist, in den übrigen Gruppen mit Ausnahme Frankreichs und Belgiens viel geringer, nur die Hälfte oder ein Drittel des mitteleuropäischen Verbrauchs. Der Milchverbrauch der skandinavischen Länder und Hollands ist drei- bis viermal, ihr Käseverbrauch dreifach so hoch wie der der anderen Gruppen, die untereinander keine sehr hohen Unterschiede aufweisen. Der Fleischverbrauch der Arbeiterfamilien ist am größten in Amerika und Kanada, ihnen folgen England, Frankreich und Belgien; Mitteleuropa, Skandinavien und Holland verzehren verhältnismäßig sehr wenig Fleisch. In bezug auf Eier wird in Mitteleuropa im Verhältnis zu den anderen europäischen Ländergruppen ein Viertel, in Verhältnis zu Amerika ein Sechstel verbraucht. Für den Zucker stehen England und die skandinavischen Staaten an der Spitze. Zentraleuropa verbraucht weniger als die Hälfte. Der Kaffeeverbrauch ist groß in Mitteleuropa, Frankreich und Belgien; in England und Südeuropa ist er verhältnismäßig gering. Der Teeverbrauch kommt lediglich im Budget der englischen Arbeiterfamilien, hier aber in verhältnismäßig sehr hohen Mengen in Frage.

Die Einnahmen aus preussischen Domänen. Während der Umfang der preussischen Domänen sich durch den Kriegseinsturz und die teilweise Verwendung als Siedlungsgelände um 85 Proz. gegenüber der Vorkriegszeit vermindert hat, ist das Gesamteinkommen auf diesen Domänen um 88 Proz. niedriger als vor dem Kriege. Das ist hauptsächlich darauf zurückzuführen, daß die Abpachten nur nach langwierigen Verhandlungen in Naturalverpachten umzuwandeln werden konnten. Bei den neuen Verpachtungen sind in den letzten vier Jahren gegenüber der Vorkriegszeit Mehrerträge erzielt worden von 7 Proz., 18 Proz., 32 und im letzten Jahre 6 Proz.

## FAKINO

Ist keine Varieté-

Attraktion

# SONDER-ANGEBOTE

Verkauf soweit Vorrat

Mengenabgabe vorbehalten

**Baumwollstoffe**  
Kleiderbarchent 95 Pt.  
Sportflanell ca. 90 cm breit, 107 Blusen-Meter 95 Pt.  
Blusenstoff wollos Grund mit farb. Streifen, Meter 1 10  
Zephir für Blusen und Oberhemden, ca. 80 cm br., gute Qualität, Meter 1 45

**Popelin** mit Seidenstreifen, aparter Blusenstoff ..... Meter 1 25  
**Schotten u. Streifen** für Böcke und Kleider, 100 cm breit ..... Meter 1 95  
**Kleiderstoff** einfarbig, reine Wolle, in vielen Farben, Mtr. 2 90  
**Kostümcheviot** reine Wolle, marine, ca. 130cm breit ..... Meter 3 50  
**Woltrikot** 120 bis 130 cm breit, moderne Bandstreifen, in neuesten Farben, Meter 5 50

**Schürzen**  
Wiener Form aus Indigo u. dunk. Kretonne 1 45  
Wiener Form Water, Indigo u. dunk. Kretonne. 1 95  
Schürzen für Knaben, verschied. Größen, aus gut. Stoffen 95  
Spielanzüge aus guten Stoffen, verschied. Größen 1 45

**Leinenwaren**  
Handtuchstoff Gerstenkorn 55 Pt.  
Handtücher Gerstenkorn Reisleinen ..... 95 Pt.  
Künstlerdecken Obermuster versch. Farben 2 95  
Künstlerdecken 150x180cm 8 95  
Tischtücher Damast 180x200 ..... 5 75

Damen-Taschentücher 30 Pt.  
Damen-Taschentücher 65 Pt.  
Herrn-Taschentücher 1 95  
Herrn-Taschenücher 45 Pt.  
Kinder-Arabias 80 Pt.  
Kinder-Taschentücher 45 Pt.

**HERMANN**  
Leipziger Str. Alexanderplatz Frankfurter Allee

**Handschuhe**  
Damen-Trikot 85 1 25  
Damen-gestrickt reine Wolle ..... 1 25  
Kinder-gestrickt reine Wolle ..... 1 16  
Damen Glacé Ziegenl., 3 Dr., gute Qualität 2 90  
Damen-Nappa 3 Dr., weiches Leder ..... 4 50



Köpfe.

Herr Friedrich Winkler, Vorsitzender der Deutschnationalen Volkspartei.

Der neue Führer der Deutschnationalen Partei, Herr Winkler, hat es gut; es ist schwer, über ihn ein Epigramm zu schreiben. Die Klage der Zeichner des „Vorwärts“ über das Verschwinden des Herrn Hergt ist verständlich. Herr Winkler ist ein Grad von Unbekanntheit eigen, der den Satiriker in Verlegenheit setzt. Es ist, als ob Hergt ihn vorgezeichnet hätte, als er den Verlauf des Lebens eines Mannes in der Grabinschrift zusammenfaßte: „Er lebte, nahm ein Weib und starb.“ Die wahrscheinlichste Erklärung der Wahl des Herrn Winkler zum Parteivorsitzenden ist, daß seine Freunde sich an den Wort Bismarcks erinnern, gute Redner seien mitunter schlechte Politiker. Daraus folgerten sie, daß jemand, der nicht reden kann, ein guter Politiker sein müsse. Und so versetzten sie auf den Gedanken, Herrn Hergt durch Herrn Winkler zu ersetzen.

Herr Hergt war der große Prophet der Deutschnationalen. Mit Herrn Winkler hat für die Kampfer die Zeit der kleinen Propheten begonnen. Seit 1893 ist Herr Winkler Mitglied des preussischen Parlaments. Von 1903 bis 1912 sah er auch im Reichstag, bis ihn der fortschrittliche Bauer Koch aus dem Sattel warf. Und trotz seiner langjährigen parlamentarischen, so sogar wir Tätigkeit fragte alle Welt, nachdem Herr Hergt von den schweren Sorgen eines Parteiführers befreit worden war und Herr Winkler sie sich aufgeladen hatte: „Wer ist Winkler?“

Die Antwort lautet: Herr Winkler ist ein Mann von großer, objektiver Bescheidenheit. In seinen jungen Jahren war er Mitglied eines feudalen Korps. Die Sünden aus jener Zeit büßte er als Mitglied der Generalsynode ab, der er seit 1905 angehört und seit 1915 vorsitzt. Vor der Referendar- und Regierungskonferenzprüfung lag er gewissenhaft den Rechtsstudien beim Einspauler ob. Sein Assessorpatent, seine vorchriftsmäßige Gestaltung und die guten Beziehungen, die er aus dem Korps ins Philisterium hinübergenommen hatte, verhalfen ihm zur Erlangung der Königsurkunde im Kreise Zeit, d. h. er wurde dessen Vordrat. In dem für ihn wohlthätigen Dunkel der kleineren Stadt würde er vermutlich bis an sein Lebensende geblieben sein, wenn er nicht dank dem Dreiklassenwahlrecht, das darauf zugeschnitten war, Männer seines Schicksals in die Politik hineinzuziehen, preussischer Landtagsabgeordneter für Weichsel-Ostpreußen geworden wäre. Kommt man sich da noch über die schmerzliche Berehrung wundern, in der Herr Winkler dem Dreiklassenwahlrecht ergeben war? Hatte es doch an ihm bewiesen, daß es geistige Kräfte nach oben zog.

Im Jahre 1899 hatte Herr Winkler ein Mißgeschick: er fiel ins Wasser, nämlich in das Mittelstandkanal, den er als Abgeordneter ablehnte. Was ihn zum erstenmal in seinem Leben bestimmte, gegenüber einer Forderung der Regierung nein zu sagen, wird sich, falls jemand Lust haben sollte, danach zu forschen, kaum ergründen lassen. Vielleicht hatte er sich durch die Zusicherung der konservativen Presse täuschen lassen, daß keiner der beamteten konservativen Abgeordneten, die gegen die Anlegung des Kanals stimmen würden, etwas zu fürchten habe. Vielleicht aber genigte für das Nein des frommen Herrn Winkler auch schon die entsetzliche Vorstellung, daß der Mittelstandkanal zur Verbilligung des Getreidetransportes und damit des Brotes beitragen würde. Sei dem, wie ihm wolle: Herr Winkler wurde zur Strafe für seine oppositionelle Haltung in den einstufigen Ruhestand versetzt. Aber er fiel, wie auch andere Kanalrebell, die Treppe hinauf. Das eine Element, das Wasser, hatte ihm Mißgunst gezeigt, das andere, das Feuer, entschädigte ihn. Er wurde von seinen junkerlichen Freunden zum Generaldirektor der Landesfeuerzweig des Herzogtums Sachsen mit dem Sitz in Merseburg gewählt. Für seine ungeheure Arbeitslast spricht es, daß er nebenher noch sein großes Rittergut Salsitz bei Zeitz hat bewirtschaften können. Denn daß der Posten eines Generaldirektors der Landesfeuerzweig eine Einkure ist, wird man nicht gut annehmen können. Etwas Derartiges gab es im alten Preußen bekanntlich nicht.

Im parlamentarischen Handbuch hat Herr Winkler mit der ihm eigenen Gewissenhaftigkeit verzeichnet, daß er Inhaber des Roten Adlerordens IV., des Kronenordens III. Klasse, der Roten-Kreuz-Medaille III. Klasse und des Ehrenkreuzes III. Klasse des Rippischen Hausordens ist.

Ein konsequenter Mann. In ihm ist alles dritter und vierter Klasse.

Eine widerlegte Wahllüge.

Während der letzten Wahlbewegung trat in einer öffentlichen Wählerversammlung in Weßerdeich der Hofbesitzer Herrmann Jansen als Redner auf. Er erklärte: „Der jüdische Sozialdemokrat Dr. Hilferding hat in seiner Eigenschaft als Reichsfinanzminister Deffen verschoben und ist wegen dieses Verbrechens aus dem Zuge verhaftet worden.“ Als Genosse Hilferding von diesen Behauptungen erfuhr, stellte er Strafantrag, und auf Antrag seines Vertreters, des Genossen Dr. Kurt Rosenfeld-Berlin, erhob die Staatsanwaltschaft im öffentlichen Interesse Anklage wegen Beleidigung. Als es aber dann zur Hauptverhandlung vor dem Schöffengericht in Hufum kommen sollte, bot Herr Jansen um gut Wetter. Da dem Genossen Hilferding an einer Bestrafung des Beleidigers nichts lag, wohl aber an der Aufklärung des Sachverhalts, ging er auf die Bitte des Beleidigers ein, und es kam schließlich folgender Vergleich zustande: Herr Jansen erklärte: „Ich habe mich davon überzeugt, daß die von mir aufgestellte Behauptung jeder Begründung entbehrt. Ich bekenne daher eine solche Äußerung getan zu haben und bitte Herrn Reichsfinanzminister a. D. Dr. Hilferding um Entschuldigung, verpflichte mich auch, eine Buße von 250 M., die Herr Dr. Hilferding zur Bekämpfung der Reaktion und insbesondere des Antisemitismus nach freiem Belieben verwenden darf, sowie sämtliche Kosten des anhängig gewordenen Strafverfahrens zu zahlen und die Erklärung auf meine Kosten in den „Wämler Nachrichten“ und in der „Schleswig-Holsteinischen Volkszeitung“ zu veröffentlichen.“

Wahlrecht - Wahlpflicht.

Sie und da taucht in sozialdemokratischen Versammlungen irgendein sonderlicher Witz auf, der die Arbeiter auffordert, überhaupt nicht zur Wahl zu gehen, weil das Parlament eine bürgerliche Einrichtung sei und man von einem Proletarier nicht verlangen dürfe, daß er sich um bürgerliche Angelegenheiten kümmere. Das dürfte, daß er sich um ungeheuer revolutionär, ist aber in Wirklichkeit höchst einseitig. Selbst der ärmste unterer Volksgenosse sieht nicht außerhalb des Staatswesens; je weniger er sich aber um die öffentlichen Angelegenheiten kümmert, desto eifriger sind die besitzenden Klassen darauf bedacht, den Staat und seine Einrichtungen für ihre eigenen Zwecke zu mißbrauchen. Wahlenthaltung aus sogenannten revolutionä-

nären Gründen würde also nichts anderes bedeuten, als die wertvolle Bevölkerung zum willenlosen Ausbeutungsobjekt aller reaktionären Elemente zu machen.

Das alles weiß das Volk in seiner gewaltigen Mehrheit und deshalb lehnt es die Parole auf Wahlenthaltung mit einem Schiefen über so viel „revolutionäre“ Einfalt ab. Aber es gibt leider noch andere Schichten in der wertvollen Bevölkerung, die bisher aus Unwissenheit oder Gleichgültigkeit der Wahlurne ferngeblieben sind. Sie besuchen keine Versammlungen, zu ihnen kommt kein Flugblatt,

Stresemann und die Relativität der Zeit.



Stresemann: Cleber Zeitgeist, hilf mir aus der Verlegenheit: als ich erklärte, daß ich „auf absehbare Zeit“ auf dem Boden der Republik stände, nahmen's mir die Sozis übel. Darauf berichtete ich die „absehbare“ in eine „unabsehbare“ Zeit — und schon mochten meine Parteifreunde ein schiefes Gesicht. Darum habe ich kürzlich in Dessau gesagt, daß ich „vorläufig auf unabsehbare Zeit“ republikanisch eingestellt sei. — und nun verdächtigen mich wieder die Roten als faulen Kopp. Was soll ich bloß machen?

Chronos: Wie Du weihst, bin ich dank den Treiberen des Juden Einsteins selbst zu einer relativen Größe degradiert worden. Wenn Du ganz sicher gehen willst, so rate ich Dir zu folgender Formulierung: „... auf vorläufig unabsehbare Zeit, wie ich sie auffasse.“

Se lesen keine Zeitungen: Sie kümmern sich nur um ihre häuslichen Angelegenheiten, kein Hauch dieser aufgemüllten Zeit bringt bis zu ihrem Geschloß vor.

Diese Bauern, Gleichgültigen und Unwissenden zu gewinnen, ist eine der wichtigsten Aufgaben der Sozialdemokratischen Partei in dem jetzigen Wahlkampf. Man muß ihnen klar machen, daß die beste Staatsform zu einem hohen Gefühl werden muß, wenn sich ihre Bürger an den öffentlichen Angelegenheiten nicht beteiligen. Auch die deutsche Republik kann erst dann zu einer wirklichen Gemeinschaft wirtschaftlich gesicherter und politisch freier Menschen werden, wenn die wertvolle Bevölkerung den entschlossenen Willen zeigt, sie dazu zu machen.

Die Abgabe des Stimmzettels ist das höchste Recht, das die Demokratie ihren Staatsbürgern verleihen kann; sie stellt zugleich die höchste Pflicht dar, die im republikanischen Staatswesen zu erfüllen ist. Wer fehlt teilnahmslos beiseite steht, handelt ebenso gegen seine Pflicht wie derjenige, der aus Unerschlichkeit dem Gegner seiner Interessen bei der Wahl seine Stimme gibt.

Sozialdemokrat sein, heißt Kämpfer sein. Sorge jeder dafür, daß am 7. Dezember das Wahlrecht zur Wahlpflicht werde!

Die sozialdemokratische Landesliste.

Der Landtagswahlvorschlag der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands für die preussische Wahl lautet:

- 1. Otto Braun, Berlin W.
2. Carl Severing, Berlin NW.
3. Wilhelm Siering, Berlin W.
4. Otto Höring, Magdeburg.
5. Gertrud Hanna, Berlin-Pankow.
6. Dr. Siegfried Rosenfeld, Berlin W.
7. Robert Leinert, Hannover.
8. Marie Kunert, Berlin-Lichterfelde.
9. Dr. Hermann Badi, Berlin.
10. Dr. Raphael Silberstein, Berlin S.
11. Heinrich Cunow, Berlin-Friedenau.
12. Richard Marocke, Berlin SW.
13. Dr. Oskar Cohn, Berlin NW.
14. Emil Stahl, Charlottenburg.
15. Hermann Lehmann, Berlin-Lichterfelde.
16. Theodor Kohur, Berlin NW.
17. Felix Boges, Wallendorf, Krs. Neidenburg.
18. Bernhard Kräger, Berlin-Friedrichshagen.
19. Frh. Wildung, Berlin W.
20. David Steiner, Berlin.
21. August Mommerh, Dulsburg.

Was wiegt eine deutschnationale Stimme?

Mit sichlichem Behagen hat der Stahlhelm in ganz Deutschland den Schwindel eines Geistes, Geschäftsführer der vaterländischen Verbände, weiterverbreitet, daß das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold Winkjacks und Mühe gratis liefert und dazu ein Handgeld von 40 M. Auch im Wahlkampf wird hier oder dort diese Mär mit mehr oder weniger Jugtraut aufgetischt werden. Da es jedoch auch jetzt schon in deutschnationalen Köpfen von einer Niederlage am 7. Dezember dümmert, schreibt man, daß man die Stimmen nicht zählen, sondern wägen soll.

Es ist nunmehr gelungen, auch das Gewicht einer deutschnationalen Stimme festzustellen. Behilflich bei der Rechnung war uns der Landwirt Erich Bode in Wulferstedt, Kreis Osterode, ein mittlerer Besitzer, dessen Vaterlandsgesühl schon daraus hervorgeht, daß er für 1925 beim Arbeitsschweizer die Genehmigung zur Beschäftigung von 6 Ausländern nachsuchte, während er in diesem Jahre nur einen brauchte. Befragter Landwirt machte einem Schweizer folgendes Angebot: „Wenn Du Deine Gesinnung änderst und in den Stahlhelm eintrittst, dann bezahle ich Dir das Eintrittsgeld und die Monatsbeiträge, außerdem bekommst Du auf meine Kosten Winkjacks und Mühe. Diesen Sommer hast Du mit Deiner Viehhaltung Bed gehabt, Dir ist im Sommer ein Schwein krepiert, und ich gebe Dir deshalb ein fettes Schlachtschwein noch dazu!“ Der Schweizer ließ sich aber auf dieses „fette“ Angebot nicht ein, sondern als Antwort darauf kündigte er, seine Dickfeigkeit

nationalen Belangen gegenüber hat jetzt der bisherige Arbeitgeber damit bekräftigt, daß er ihm einen Rechtsanwalt auf die Bude gesetzt hat, der von ihm Kartoffeln zurückverlangt oder mit Klage droht. Deutschnationale Exitation in Reinkultur!

Rechnet man alles, was hier geboten wurde, in den Hauptartikel, nämlich Schweinefleisch, um, so dürfte eine Stimme für die agrarische Partei mit vier Zentner Schweinefleisch nicht zu hoch bewertet sein. Eine glänzende Illustration zur Krise in der Landwirtschaft!

Durchkreuzter Wahlschwindel.

Der — echte oder falsche — Sinowjew-Brief an die britischen Kommunisten hat der deutschen Reaktion so gut gefallen, daß auch sie kurz vor dem Wahltag gern etwas Nechliches hätte. Die „Welt am Montag“ teilt mit, daß man im letzten Moment ein angebliches Memorandum Herriots produzieren will, das am 8. November den Verbündeten Frankreichs zugestellt worden sein soll. Das Memorandum enthält verschiedene Forderungen über die Umgestaltung der Reichswehr, die aus politischen Gründen noch vor den Wahlen an die deutsche Regierung gerichtet werden sollen. Zugkräftig daran soll sein, daß die Forderungen im Einvernehmen mit der deutschen Demokratie und in ihrem Interesse gestellt würden. Dieser Schwindel lag bereits zur Veröffentlichung bei einer Berliner Redaktion und bei der Berliner Vertretung eines großen amerikanischen Blattes bereit.

Inzwischen scheint auch die französische Regierung von der neuesten Wätsch der deutschen Reaktion Kenntnis erhalten zu haben. In einer Havana-Meldung vom Sonntag bemerkt sie offiziell die Absendung eines Memorandums in welchem die französische Regierung am 8. November 1924 von den alliierten Mächten die Absendung einer gemeinsamen Note verlangt haben und die Auflösung des deutschen Generalstabes bzm. der Wehrkreise gefordert werden soll.

So ist die Rechte vorläufig um ihren neuesten Wahlschwindel gekommen. Wie wäre es, wenn ihre die Kommunisten einen echten „Sinowjew-Brief“ offerierten?

Kleinigkeiten.

Die 9. November-Nummer von „Lachen Links“ hatte es meinem vierjährigen Jungen wieder ganz besonders angetan. Er beschlammte den kleinen Bernegrosch, der sich Wilhelm II., von Gottes Gnaden deutscher Kaiser, nannte, wie er gerade im Begriff ist, den direkten Zug nach Holland zu besteigen. Der Junge fragte mich, wer das ist, was der macht und wohnen der will. Ich gab ihm Aufklärung auf die gestellten Fragen, und schließlich zeigte er auf den großen Adlerhelm, der den Helmskaiser auf dem Bilde schmückt und sagte: „Wah, hat der Mann aber einen großen Vogel.“

Einige Tage vor dem 4. Mai 1924 kam ein vornehm gekleideter Mann, mit dem Halbkreuz geschmückt, zu einem Arzt. Er klagte über heftige, dauernde Kopfschmerzen. Der Arzt untersuchte den vornehmen Mann und stellt starke Vermischung des Gehirns fest. Er nahm das Gehirn raus, um es zu reinigen und gebot Abholung in acht Tagen. Diese vergingen; es vergingen 14 Tage, vier Wochen, acht Wochen, vier Monate, fünf Monate.

Der Kochtag war inzwischen aufgeföhrt, und eines Tages erschien der vornehm gekleidete Herr wieder bei dem Arzt. „Ich glaube schon, Sie hätten das Gehirn ganz vergessen“, sagte der Arzt, und der vornehm Herr antwortete: „Nein, das nicht, ich habe das Gehirn in den letzten Monaten aber nicht gebraucht. Ich war doch Mitglied des letzten Reichstages.“

Eine deutschnationale Wählerversammlung in einem kleinen Ort. Der Redner, ein ehemaliger Landrat, forderte Wiederherstellung des Kaiserreiches mit dem alten Reichsadler. Er erklärte die Bedeutung des Adlers in seiner Gestalt und sagte u. a.: „Sie müssen sich den Reichsadler folgendermaßen vorstellen: Der Kopf des Adlers ist Seine Majestät, die Flügel seine Minister, der Rumpf ist das Volk und ...“ und das ... „sich sind Sie!“ ertönte eine kleine Zwischenbemerkung aus der Versammlung. Der Effekt des Redners war aus. Ka. Es.

Volkspartei und Schwarz-Rot-Gold.

Das Reichsbanner unerwünscht. Aus Halle wird uns geschrieben: Herr Stresemann hat am Donnerstag in Dortmund auf dem Parteitag der Deutschen Volkspartei ausgeführt, daß wir uns den Wiederaufbau Deutschlands und die Konfolidierung der Verhältnisse nur auf der Grundlage der heutigen Staatsform denken können. Eine nette Illustration zu diesen Ausführungen hat am Samstag die Partei Stresemanns in Halle geliefert. Sie hat nämlich an den halleschen Polizeipräsidenten Runge das Ersuchen gerichtet, dafür zu sorgen, daß zu dem Montag, den 17. November, stattfindenden öffentlichen Wählerversammlung der Deutschen Volkspartei keine Mitglieder des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold zugelassen werden. Die Versammlungsleitung werde das Reichsbanner nicht im Saale dulden und von ihrem Hause recht gegebenenfalls Gebrauch machen. Um Unterklärung zur Ausübung des Hausrechts wird die republikanische Polizei ersucht.

Diese Haltung der halleschen Stresemanner poßt unangezeichnet zu den Sähen ihres vor einigen Tagen fertigestellten Wahlauftrufes: „Bannerparolen (!) lenken vom Wesentlichen ab und tragen die Gefahr der Leberhebung und Verhehlung in sich. ... Unter dem Symbol der alten Reichsflaggen Schwarzweißrot wollen wir ein neues glückliches Deutschland schaffen.“

Weißer und roter Militarismus.

Vorne so, hinten anders. Die „rote Röhne“ hat eine militärpolitische Vellage. Vorne demüht sie gegen den innerpolitischen Militarismus, hinten beackert sie sich für den Sowjetmilitarismus. Vorne teilt sie gegen den Krieg, hinten teilt sie: „Die rote Keiterei und ihr Held, Genosse Judson.“ Mit Bild natürlich, auf daß der Sowjetmilitarismus blühe und gedeihe. Vorne so, hinten anders.

Deutschnationale über Völkische.

Steinhoff am 15. November 1924: „Boller Fänder bleibt Ihnen nur übrig, zu den Deutschnationalen herüberzugehen.“ Wege am 14. November 1924: „Völkische und Kommunisten sind daselbe.“ Hergt am 15. November 1924: „Sie geben immer Arm im Arm mit den Kommunisten und machen das Land unglücklich.“

